

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Aboptionspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht angenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Hanemann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wiemelshäuser Straße 38—42. Telefon-Amts-Nr. 08 u. 80. Teleg. Adr.: Altvorstand Bochum.

Willkommen in Hannover!

Unsere Bochumer Generalversammlung hat 1911 als Tagungsort für die diesjährige 20. Generalversammlung die schöne Welfenstadt Hannover gewählt, wohin unser Vorstand die Delegierten für den 27. April und die folgenden Tage berufen, und so heißen wir sie alle herzlich willkommen in Hannover!

Die letzte Generalversammlung tagte im Herzen der „Kohlenstille“, in der Berg- und Hüttenstadt Bochum auf dem historischen Boden der deutschen Bergarbeiterbewegung, während Hannover erst in jüngster Zeit unter die „Bergstädte“ gezählt wird, in dessen Umgebung in den letzten Jahren eine mächtige Kohleindustrie aufgeblüht ist; um so mehr begrüßen wir den Besuch, hier unsere Generalversammlung abzuhalten, und sind auch überzeugt, daß alle Delegierten dem zustimmen werden. Es gibt unter unseren Kameraden immer noch solche, die auf dem Standpunkt stehen, alle Generalversammlungen müßten im Ruhrrevier stattfinden, weil dieses das Hauptrevier Deutschlands ist und unser Verband hier seine Hauptstärke hat. Für die Mehrheit unserer Kameraden ist das zwar ein längst überwundener Standpunkt, aber selbst wenn wir es wollten: im Ruhrrevier fehlen uns immer noch die Lokalitäten, die ein Parlament, wie es unsere Generalversammlung ist, beanspruchen kann. In den Ortschaften, wo uns schöne Säle zur Verfügung stehen, kann man die Delegierten nicht unterbringen, in den großen Städten sind die besseren Lokale uns immer noch verschlossen. Um diese zu erobern, muß die moderne Arbeiterbewegung im Ruhrrevier allgemein noch viel stärker oder wir müßten „christlich-nationale“ Streikbrecher werden! Dem Streikbrüdergewerbeverein stehen alle Lokale offen, die städtischen sowohl wie die privaten, und nicht nur im Ruhrrevier, sondern überall, und so kann der „christliche“ Streikbrüdergewerbeverein seine diesjährige Generalversammlung im hochfeinen städtischen Kurhaus zu Lübeck abhalten, wo sonst nur die fashionabelsten Herrschaften der internationalen Finanzwelt verkehren. Wir genießen nicht die Gunst der hohen und höchsten Herrschaften, der schweren und schwersten Geldsäcke, auf unserer Generalversammlung prunkten keine Geheimräte, Kommerzienräte, Konsistorialräte, Generaldirektoren, Ministerialdirektoren, Konsistorialdirektoren, Grafen, Freiherren, Bischöfe und sonstige Scharfmacher, sondern Arbeitsbrüder sind es, die mit uns fühlen, denken, leiden, die zu uns kommen und deren Gastfreundschaft wir genießen. Hannover besitzt eine gut organisierte Arbeiterschaft, die sich nicht allein die Mandate zu den Parlamenten erobert hat, sondern auch die Säle der Stadt, und so ist es uns vergönnt, unsere diesjährige Generalversammlung in einem hübschen Lokal abzuhalten, unmittelbar am Eingang zu den herrlichen Schlossgarten-Herrenhäusern.

Seit der letzten Generalversammlung sind die schwersten Stürme über unseren Verband dahingebraust, die er seit Bestehen erlebt hat und die ihn zertrümmert hätten, wäre er nicht so festgefügt, daß ihn selbst ein Orkan nicht mehr verschlingen kann. Manchen schweren Sturm hat das Verbandsdampfschiff auf seiner langen Fahrt überstehen müssen, so mancher kühne und hoffnungsfrohe „Matrose“ wurde über Bord geschwemmt, unzählige Klippen und Hindernisse mußten umschifft werden, aber das war alles nichts gegen den gewaltigen Sturm von 1912, wo es schien, als sei die Hölle gegen uns losgelassen! Wenn wir der Meinung waren, schon bei früheren Gelegenheiten die Feuerprobe bestanden zu haben, so hatten wir uns getäuscht, uns zu früh gefreut, denn erst 1912 mußten wir die wirkliche Feuerprobe bestehen und haben sie bestanden! Aber nicht allein die Feuerprobe haben wir bestanden, sondern auch volle Klarheit erhalten über die wahren Ziele des „christlichen“ Streikbrüdergewerbevereins und damit zugleich über den Wert der Agitationsphrase von dem „getrennten Marschieren und vereinten Schlagen“. Waren wir uns auch alle von jener darüber klar, daß die Berßplitterung der deutschen Bergarbeiter in die verschiedenen Organisationen für die Arbeiter ein Unglück ist, um so mehr, als die Grubenbarone ihnen in einheitlichen, geschlossenen Organisationen gegenüberstehen, so haben es doch nur sehr wenige von uns für möglich gehalten, daß „organisierte“ Arbeitsbrüder, Berufskollegen und Leidensgenossen, sich dazu missbrauchen ließen, auf Seiten der Kohlenbarone mit diesen Schultern an Schulter uns niederzukämpfen! Wer auf einer früheren Generalversammlung die „Prophezeiung“ wagte, der „christliche“ Gewerbeverein werde uns in einem kommenden Streik in geschlossener Phalange in den Rücken fallen, der wurde ausgelacht wie die arme Cassandra, die den Untergang von Troja prophezeite, ohne Glauben zu finden, bis es zu spät war. Die Mehrheit unter uns ist der Meinung gewesen, daß das

Klassen- und Solidaritätsgefühl aller ehrlichen Arbeiter so stark entwickelt sei, daß im Ernstfalle der Arbeiter zum Arbeiter stehen würde, unbeschadet der bestehenden religiösen und parteipolitischen Meinungsverschiedenheiten. Sie glaubten, daß die Jahrtausende alten Worte der Bibel (Eccles. Kap. 18, Vers 19, 22, 23):

„Ein jeglich Tier hält zu seinesgleichen: so soll ein jeglicher Mensch sich gesellen zu seinesgleichen“;

„wie Hyäne mit dem Hund sich gesellen, also auch der Reiche mit den Armen“;

„wie der Löw das Wild frisst auf der Heide, so fressen die Reichen die Armen“

auch auf den Bergarbeiterstand zutreffen und sich bewahrheiten würden. Wer von uns hätte vor Jahren geglaubt, daß die „christlichen“ Bergarbeiter noch dümmer seien wie „ein jeglich Tier“, das zu seinesgleichen hält, während diese zu den millionenreichen Grubenbesitzern, den geborenen Feinden der Arbeiter, halten! Was bedeuten aber für die „christlichen“ Gewerkschaften Bibelworte, was ist für sie die „heilige Schrift“, was die wahren christlichen Grundsätze? Nichts, nur Rauch und Schall! Ihr alleiniger Taseinszweck ist Bekämpfung der modernen Arbeiterbewegung. Und dabei fühlen sie sich in der Gesellschaft der Reichen am wohlsten, deren Geschäfte sie besorgen.

Die Phrase von dem „getrennten Marschieren und vereinten Schlagen“ ist 1912 so gründlich zerstört worden, daß wohl niemand mehr daran glaubt und wir alle der Überzeugung sind, daß ein vereintes Schlagen nur bei vereintem Marschieren möglich ist. Eine Armee, die nach einem gemeinsamen Ziel strebt, muß auch gemeinsam darauf losmarschieren, und es widerspricht allen strategischen Grundlagen und aller Logik, eine solche Armee in verschiedene Lager oder Sonderarmeen zu trennen, diese im „Frieden“ gegenseitig aufeinanderzuhetzen, um sie im „Kriege“ wieder zusammenzuführen! Das ist die Strategie des Wahnsinns, das hat das Jahr 1912 bewiesen, hat bewiesen, daß es in Zukunft für die Bergarbeiter nur noch eine Organisation, den Verband, geben kann. Wer nicht mit uns ist, ist mit den Grubenkapitalisten, ist Gegner der Bergarbeiterchaft!

Die Generalversammlung in Hannover wird unter dem Eindruck dieser Vorkommnisse stehen und es ist klar, daß die Debatten an Länge und Schärfe diejenigen früherer Jahre übersteigen werden. Es wird aber notwendig sein, die Kameraden aller Reviere ausgiebig zu Wort kommen zu lassen, damit die gesamte Öffentlichkeit die wahre Meinung der Bergarbeiter selbst erfährt. Das ist um so notwendiger, als in jüngster Zeit versucht wird, unser Vorstand und die Redaktion in Gegenfahrt zur Mitgliedschaft zu bringen. Die Mitglieder seien mit der Haltung der „Bergarbeiter-Zeitung“ den Streikführern gegenüber nicht einverstanden, so behauptet der „Bergknappe“ und andere ultramontane Heftblätter. Die Generalversammlung wird das Gegenteil beweisen, wird beweisen, daß unsere Mitglieder keine Gemeinschaft mit diesen Judasen wollen, und sie wird weiter beweisen, daß die Bergleute die Haltung unseres Vorstandes bei der Lohnbewegung 1912 vollaus billigen. Alle ultramontanen Verschwörungen, der Streik sei zu einer ungünstigen Zeit proklamiert worden, sind durch die Verhältnisse hundertfach widerlegt und bewiesen, daß unser Vorstand die denkbare günstigste Zeit ausgewählt hat und daß werden alle Delegierten lobend anerkennen. Wenn die deutsche Bergarbeiterchaft keinen Anteil an der nie dagewesenen beispiellosen Konjunktur erhält, so trägt daran die Berßplitterung der Bergarbeiter, in erster Linie der „christliche“ Streikbrüdergewerbeverein, die Schuld.

Die Generalversammlung in Hannover wird vor besonders wichtige Aufgaben gestellt, und die Mitglieder im ganzen Lande erwarten, daß sie sich diesen Aufgaben gewachsen zeigt. Sie hat die Tätigkeit der Verbandsleitung und deren Geschäftsführung zu prüfen, ist berufen, das Statut in einigen Punkten zu ändern und den Verhältnissen der Organisation wie denen der Mitglieder anzupassen. Die hohe Zahl der Anträge (im ganzen sind es 252) zeigt, daß die Mitglieder ein außerordentliches Interesse an der Generalversammlung haben, von der sie den Ausbau der Organisation und die Marschlinien für die nächsten zwei Jahre erwarten. Wir sind überzeugt, daß die Delegierten mit dem ganzen Ernst und Fleiß an die Arbeiten gehen, wie das nur Männer tun, die mit der ganzen Liebe ihrer Seele an einer Sache hängen. Und so heißen wir sie nochmal alle herzlich willkommen in Hannover und wünschen ihren Arbeiten für den Verband den besten Erfolg und ein frohes Glück auf!

Der 1. Mai.

Und drängen Nebel noch so dicht
Sich vor dem Blick der Sonne,
Sie wehet doch mit ihrem Wind
Einmal die Welt zur Wonie.

Auch für die Unterdrückten und Unterbielen wird der Tag der Befreiung aus geistiger und wirtschaftlicher Knechtschaft kommen. Von dieser Übersicht wird unsere Bewegung getragen, voll Hoffnung auf eine bessere, schönere Zukunft, begeht die organisierte Arbeiterschaft ihre Maifeier.

Schon in grauer Vorzeit wurde der Maibeginn in den verschiedensten Formen, als Fest der wiederauflgenden Natur, des siegenden Frühlings über die rauhe Winterszeit geheißen. Der 1. Mai war bereits vor mehr als tausend Jahren ein Fest der Auflösung, ein Fest der Unterdrückten. Diesen Tag hat das werktägige Volk erhoben zum Weltfeiertag der Arbeit.

Ein Vierteljahrhundert ist seitdem vergangen. Der Sozialismus hat seinen Siegeszug um die Welt angetreten. Die moderne Arbeiterbewegung ist in allen Ländern gewaltig erweitert und befindet sich überall auf dem siegreichen Vormarsch. Uralt ist zwar der Kampf um die Freiheit, aber nie zuvor hat er so gigantische, zielfähige Formen angenommen, wie im letzten Menschenalter und der Gegenwart. Zwar herrscht noch die Knechtschaft. Aber immer mehr kommt die unterdrückte, ausgebeutete Arbeiterschaft zur Erkenntnis ihrer Klassenslage. Mit Riesenstritten geht es vorwärts. Schon zeigt sich die Morgenröte einer besseren, schöneren Zeit.

Seit dem Jahre 1908 gibt der internationale Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen, Legien, alljährlich einen Bericht über die internationale Gewerkschaftsbewegung heraus. Danach waren dem internationalen Sekretariat angegeschlossen 1904: 14 Landeszentralen mit 2 378 975 Mitgliedern; 1911: 19 Landeszentralen mit 6 900 995 Mitgliedern. Zusammen mit denen, die den Landeszentralen nicht angegeschlossen waren, betrug die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder 1904: 4 226 783, 1911: 11 435 498.

Zu Deutschland betrug die Zahl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter 1891: 277 659; 1912: 2 624 376 oder rund 2½ Millionen. Die Zunahme beträgt gegen 1891: 2 346 717 gleich 84,2 Prozent. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen ist gestiegen von 1 786 738 im Jahre 1893 auf 4 251 574 im Jahre 1912; die Steigerung beträgt 2 464 836 Stimmen gleich 138 Prozent. Die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsmandate stieg von 47 im Jahre 1893 auf 110 im Jahre 1912; die Steigerung beträgt 63 Mandate gleich 134 Prozent. Dieser gewaltige Fortschritt wurde erzielt unter den denkbar größten Schwierigkeiten gegen eine Welt von Gegnern. Mit Recht dürfen wir darum hoffnungsfreudig in die Zukunft schauen.

Mit ihrer Maifeier verknüpft die Arbeiterschaft ihre Forderungen des Friedens und der Gerechtigkeit. Auch die Bergarbeiter, die im Schoße der Erde, von Licht und Sonne abgeschlossen, ihre gefährliche, mühselige Arbeit verrichten müssen, mahnt dieser Tag, daß sie Menschen sind und ein Recht haben auf ein menschenwürdiges Dasein.

Seit Jahrzehnten fordern die Bergarbeiter besseren Schutz für Leben und Gesundheit, Verkürzung der Arbeitszeit, bessere Entlohnung und Behandlung, zeitgemäße Reformen des Arbeitsvertrags und des Knappheitstwesens. Gewaltige Kämpfe wurden gegen das internationale, vaterlandslose Grubenkapital geführt. Und doch, wie weit sind wir noch vom Ziele entfernt? Gewiß sind wir vorwärts gekommen! Aber jeder, auch der geringste Fortschritt, mußte erkämpft werden.

Eine der wichtigsten Forderungen ist die Achtstundenschicht einschließlich Ein- und Ausfahrt. In vielen anderen Ländern, so in England, Frankreich, Österreich, Belgien, Spanien, Amerika usw. besteht schon eine gesetzliche Beschränkung der Schichtzeit für Bergarbeiter. Daran denkt man in Deutschland nicht. Nur in Betriebspunkten, wo die Temperatur 28 Grad Celsius übersteigt, soll die Schichtzeit ausschließlich Ein- und Ausfahrt sechs Stunden nicht übersteigen. Sonst beträgt die Schichtzeit 8½, 9, 10, 11 und sogar 12 Stunden. Eine gesetzliche Beschränkung besteht nicht.

Gleich wichtig ist die Forderung nach besserem Bergarbeiter-schutz. Die Massengräber häufen sich immer mehr. Allein durch die Katastrophen auf den Bergen Osterfeld, Lothringen und Minister Achenbach wurden im vorigen Jahre 190 Menschenleben vernichtet. Über an einen wirklichen Bergarbeiter-schutz wird nicht gedacht. Statt der geforderten unabhängigen Arbeiterkontrolleure erhielten die Bergarbeiter die völlig abhängigen, rechtlosen Sicherheitsmänner, die nach dem Willen der Grubenkapitalisten nur „weiße Salbe“ sein sollten und auch geblieben sind. Selbst in den Berginspektorenberichten wird übereinstimmend konstatiert, daß die Sicherheitsmänner zur Verminderung der Unfälle nicht beigetragen und vielfach ihre Tätigkeit ganz eingestellt haben.

Auch die sonstigen Forderungen der Bergarbeiter sind bisher an dem kalten, berechnenden Herrenstandpunkt der Grubenkapitalisten gescheitert. Das internationale, vaterlandslose

Grubenkapital heimst zwar die märchenhaften Gewinne ein, lehnt aber jedes Entgegenkommen den Bergarbeitern gegenüber ab. Solange sich die Bergarbeiter im Bruderkampf verschließen und das starke Völkerrecht der Reaktion, das preußische Dreiklassenwahlrecht, besteht, kann das Grubenkapital seinen Machtpunkt auch behaupten. Im preußischen Dreiklassenparlament werden die wichtigsten Bergarbeiterfragen erledigt. Das Gesetz von 1854, wodurch den Bergarbeitern das Mitverwaltungsrecht in den Knappenschaftskassen genommen wurde, das Gesetz von 1860, welches den sogenannten freien Arbeitervertrag brachte, d. h. die Bergarbeiter auf Gnade und Ungnade dem Grubenkapital überantwortete, sowie das Gesetz von 1865, welches die nationalen Bodenrechte bedingungslos an das Grubenkapital aussterte und alle anderen Verschlechterungen im Berggesetz sind Werke dieser Spottgeburt einer Volksvertretung. 1905 hat dieses Künster und Geldsackparlament die Bergarbeiter um den Erfolg des großen Streiks gebracht. 1906 schenken die Knappenschaftskasse beschert, wodurch den Invaliden das Knappenschaftswahlrecht und das Recht, als Abstifter gewählt werden zu können, genommen wurde. Auch das Sicherheitsmäumergesetz brachte den Bergarbeitern nur Steine statt Brot. Die Landtage der einzelnen Bundesstaaten aber richten sich nach dem preußischen Beispiele.

Das Lebensinteresse der Bergarbeiter erfordert nach alldem die Beseitigung des preußischen Dreiklassenwahlrechts. Die freiorganisierte Arbeiterschaft demonstriert am 1. Mai für den Arbeitersttag, den Weltfrieden, gegen politische Knechtschaft und kapitalistische Ausbeutung. Da dürfen auch die Bergarbeiter nicht fehlen, sie müssen mit dazu beitragen, die Maister zu einer wilderen zu gestalten. Auch bei den bevorstehenden Landtagswahlen müssen sie ihren Mann stehen und den Arbeiterfeinden die verdiente Quittung ausstellen. Darum aus Werk! Mögen auch die Arbeiterfeinde zu Gewaltmitteln greifen und mit der Hungerspeisung drohen, das darf uns nicht entmutigen. Vorwärts geht unser Weg, trotz allesdem!

Und drängt der Winter noch so sehr
Mit trostigen Gebärden,
Und streut er Schnee und Eis umher:
Es muss doch Frühling werden!

Bericht unseres Verbandes für 1911/12.

III.

Der Bericht schildert, wie die „Christenführer“ durch ihre ganze seitherige Haltung und besonders durch ihre Streikbrüderlichkeit den alten Körpersgeist der Bergarbeiter zerstört, den Pflichtgefühl der Solidarität zerstört, den Glauben an den Gewerkschaftsgedanken in weiten Kreisen untergraben und so den Boden vorbereitet haben, auf dem die Gelben jetzt gedeihen können. Darauf sei der Mitgliederrückgang in 1911/12 zurückzuführen, der auch in den Einnahmen zum Ausdruck kommt. Die Einnahmen des Verbandes aus reinen Mitgliederbeiträgen betrugen in den letzten vier Jahren: 1909: 1 817 551,30 Mk., 1910: 2 122 877,66 Mark, 1911: 2 239 468,68 Mark, 1912: 2 198 502,50 Mk. Die Beiträge sind also im Jahre 1912 gegenüber 1911 um 45 966,18 Mk. zurückgegangen, sie waren aber 1912 immer noch um 70 624,84 Mk. höher als im Jahre 1910.

Welchen Umfang die Verwaltungsarbeiten erreicht haben, zeigen schon die Posteingänge und Postausgänge, welche in den letzten drei Jahren betrugen:

	Posteingänge	Postausgänge
Dreieichen, Briefe, Karten, Druck- sachen und Geschäftspapiere.	1910 1011 1912	1910 1011 1912
31 881 27 855 28 854	25 099 23 901 26 554	
3 850 697 880	40 812 48 731 51 759	
Kreuzländer (Bettungen)	—	44 888 47 132 51 697

Gesamt-Ein- und Ausgänge 1910: 151 530, 1911: 147 516, 1912: 189 203.

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß ein großer Teil der Büroleute, Drucksachen u. dgl. den Zeitungspaketen beigelegt werden und daß die Ein- und Ausgänge an Geldsendungen in den beiden letzten Jahren nicht mehr registriert wurden, weil dies alles durch das Postbüroamt in Köln geht. In Wirklichkeit ist die Zahl der Ein- und Ausgänge also noch viel größer, wie sich aus vorstehender Zusammenstellung ergibt.

Darwin, Niesche und Alexander Tille.

Wie reiht sich das zusammen?

(Schluß)

In einem Nachruf für Tille schreibt die „Kölnerische Zeitung“, das führende Blatt der nationalliberalen Partei, er habe es versucht, den Niedersachsischen, die Lehre vom Übermenschen, in die praktische Nationalökonomie überzuleiten, er predigte die Unumstößlichkeit des Unternehmers und die Schädlichkeit des Sozialmoralismus. Danach scheint es, als ob Niedersachs’ Lehre vom Übermenschen und von der Umwertung aller Werte dasselbe besagte, wie Tilles Belohnung der Unternehmerautokratie und seine Verwertung der Sozialpolitik. Diese Auffassung vom Wesen des Niedersachsenismus ist so falsch wie nur möglich, und man muß sich wundern, wie eine angeborene deutsche Lagesetzung einen derartigen Sach niederschaffen konnte.

Die Lehre vom Übermenschen, wie Niedersachs sie predigt hat, ist die Übertragung des Entwicklungsgedankens auf die Menschheit. Was Darwin für das Tier und Pflanzengesetz nachgeschrieben hat, die Auslese und Fortpflanzung des Besten und Lebendigsten durch Zuchtwahl, das wendet er, in verändelter Form natürlich, auf das Menschenreich an. Wie alle anderen Lebewesen immer neue, höhere Formen aus sich heraus entwickeln, so soll auch der Mensch über seine jetzige Dreiheitsform hinauswachsen und einen neuen, höheren Menschen schaffen. Es ist praktischer, auf die Niedersachs’ übertragene Darwinismus, was Niedersachs will, planmäßige, fürstliche Zusammahl zur Rückbildung einer vollkommenen Menschenrasse. Doch ist ihm nicht die Errichtung eines bestimmten Idealstaates die Hoffnung, sondern die Höchstbildung und Ausdauerentwicklung an sich, eine endlose Reihe von Neubildungen. Nunmehr aufwärts, nie als Saltus rücken — das ist die Aufgabe des Einzelnen, der wie Goethe’s Faust immer treibt und streibend tritt, und das ist auch der Zweck der gesamten Menschheit. Darum soll der jeweilige Gegenwartsmensch durch einen höheren Menschenthypus erweitert werden. Er muß überwunden und besiegt werden, damit Platz geschaffen wird für den Übermenschen, er soll mit Mittel sein, aber kein Selbstzweck, er soll einen Übergang bilden zu einer neuen Menschheit, eine Brücke zwischen dem ehemaligen Menschen und dem zukünftigen Übermenschen, er soll ein Pfeil der Sehnsucht sein zum andern Ufer. „Ich lehre euch den Übermenschen“, so lädt Niedersachs den alten Weltweisen Zarathustra an der auf dem Markt versammelten Volksmenge sprechen. Der Mensch ist etwas, was überwunden werden muß. Alle Wesen bisher schaue etwas über sich hinaus, und ihr wollt die Erde dieser großen Zürf sein und lieber noch zum Tiere zurückkehren, als den Menschen überwinden? Ihr habt den Weg vom Wurm zum Menschen gemacht und vieles in euch ist noch Wurm. Einmalst waret ihr Affen und auch jetzt noch ist der Mensch mehr Affe als irgend ein Affe. Seht, ich lehre euch den Übermenschen, der Übermenschen ist der Gott der Erde! Und mit Donnerstimme wirft er die Frage in die Menschheit: „Was habt ihr getan, um den Menschen zu überwinden?“ Diese Frage muß sich jeder Mensch und jede Menschenerziehung vorlegen. Was habt ihr getan für die Aufklärung, habt ihr euch bemüht, den alten Saurierstein in euch und in anderen auszufegen, um besser zu werden? Der Raupe ha-

Auch die Agitationsarbeit hat eine starke Steigerung erfahren. Das zeigt schon nachstehende Zusammenstellung der verschiedenen Versammlungen, die entweder von der Zentrale oder von den Bezirksleitern in den Bergbaurevieren mit Referenten besichtigt wurden:

	1910	1911	1912
Mitgliederversammlungen	1435	1587	1595
Öffentliche Versammlungen	1880	1480	1980

Summen 2624 2007 2325

Diese Zahlen wären sicher noch bedeutend höher, wenn wir allen Wünschen in bezug auf die Entscheidung von Referenten gerecht werden könnten. Da unsere Versammlungstätigkeit der Geschichtsverhältnisse im Bergbau wegen nur auf die Sonntage beschränkt ist, reichen die vorhandenen Kräfte nicht immer aus.

Die Haussitzungen, zu der die Ortsverwaltungen wiederholten angefordert wurden, ist in vielen Zahlstellen mit leidlichen Erfolgen betrieben worden. Es wäre nur zu wünschen, wenn diese Art der Agitation in allen Orten mit noch viel größerer Intensivität und Ausdauer als bisher eingeführt würde.

Zu der schriftlichen Agitation sind die Anforderungen ebenso gestiegen als in der mündlichen. Es wurden Flugblätter verbreitet: 1910: 8 775 100, 1911: 2 060 400, 1912: 4 120 670 Exemplare.

Es handelt sich hierbei nur um solche Flugblätter, die allgemein verbreitet wurden. Handzettel für Versammlungen, Plakate, eben an die Mitglieder usw. sind nicht mit aufgeführt.

Auch auf dem Gebiete des Bildungswesens hat unser Verband ein gutes Stück Arbeit geleistet. So wurden u. a. in der Zeit vom 16. Oktober 1912 bis 21. Februar 1913 im Mührgebiet 298 Unterrichtskurse abgehalten, an denen 3008 Kameraden aus 298 Zahlstellen teilnahmen. Der Bericht sagt darüber, daß die Unterrichtskurse gut aufgenommen wurden und die Teilnehmer ihr Möglichstes getan hatten, davon zu profitieren.

In den Bezirken Nordhausen, Braunschweig, Magdeburg, Salze und Aschersleben ebenso Unterrichtskurse abgehalten. Ferner wurden in den Bezirken Hannover, Borna, Niederschlesien und Zwönitz Schritte zur Belehrung der Mitglieder und Funktionäre getan. Teils jedoch dies durch Einrichtung von Kursen, teils wurden Vorträge und Diskussionsstunden eingeführt oder Vorträge in Mitgliederversammlungen gehalten.

Mit Recht bemerkt der Bericht hierzu: „Wenn wir am Schlusse unserer Winterarbeit überblicken, dann können wir ohne jede Überhebung konstatieren, daß ein verheißungsvoller Anfang in der Bildungsarbeit gemacht ist. Die insgesamt aufgewandten Kosten durften nicht gescheut werden. Es muß nun dafür gesorgt werden, damit in allen Verbandsbezirken auf der beschrittenen Bahn weiter gegangen wird. Der proletarische Befreiungskampf erfordert tüchtige Männer und Kämpfer. Immer größere Anforderungen werden an unseren Verband und seine Funktionäre gestellt. Es muß deshalb unsere Aufgabe sein, den Funktionären das notwendige Mittzeug mitzugeben.“

Unser Verband ist an über 30 Arbeitssekreterariaten ange-

schlossen, von denen er den größten Teil ganz unterhält. Die Zahl der auskunftssuchenden Bergarbeiter betrug 1911: 43 487, 1912: 47 487. Die Kosten des Rechtschutzes sind in den beiden Berichtsjahren gegenüber den früheren Jahren sehr erheblich gestiegen. Dieses gilt besonders für das Jahr 1912. In den letzten drei Jahren betrugen die Kosten für Rechtschutz 1910: 115 112,13 Mk., 1911: 111 228,46 Mk., 1912: 179 620,55 Mk.

Die gewaltige Steigerung der Ausgaben für Rechtschutz im Jahre 1912 ist in der Hauptfläche auffällig, auf die in diesem Jahre stattgefundenen Streiks und besonders den Ruhrbergarbeiterstreik, welche eine große Anzahl von Anklagen und Bestrafungen von Verbandsmitgliedern wegen Streikvergehen im Gefolge hatten.

Im Jahre 1911 ist in 261 Streikfällen Rechtschutz ertheilt worden, im Jahre 1912 in 1880 Fällen. Von letzteren betrafen 930 Mitglieder des Verbandes und 450 Frauen und Töchter von Verbandsmitgliedern. Von den Angeklagten sind 299 Männer und 84 Frauen zu insgesamt 30 Jahren, 11 Monaten, 4 Wochen und 4 Tagen Gefängnis und 274 Männer und 148 Frauen zu insgesamt 16 345 Mark Geldstrafe verurteilt worden. 280 Männer und 92 Frauen müssen freigesprochen werden, außerdem wurde in 29 Fällen das Verfahren eingestellt. Unbekannt ist der Ausgang der Prozesse in 174 Fällen.

Unsere internationalen Beziehungen und Verbindungen mit den Bergarbeiterorganisationen haben sich, wie der Bericht sagt, bedeutend gebessert. Sitzungen des internationalen Komitees haben während der Berichtszeit mehrere stattgefunden. Gleich zu Beginn derselben, am 27. Januar 1911, fand in Dover (England) eine Sitzung statt, welche auf Antrag der deutschen Mitglieder des Komitees einberufen wurde, um Stellung zur Lohnbewegung der deutschen Bergarbeiter zu nehmen. Fol-

gende, von den englischen Komiteemitgliedern vorgeschlagene Resolution fand einstimmige Annahme:

„Diese Sitzung des Executiveausschusses der internationalen Bergarbeiterföderation bedauert das Vorgehen des deutschen christlichen Gewerkschafts während der Verhandlungen über die Lohn erhöhung. Wir sind der Ansicht, daß eine Lohn erhöhung erzielt werden kann, wenn alle Bergarbeitergewerkschaften in Deutschland über diesen Punkt einigen und gemeinschaftlich vorgehen. Wir schlagen den vier vertretenen Bergarbeiterverbänden deshalb vor, in der Agitation für die Lohn erhöhung fortzufahren, und das internationale Komitee soll, wenn die deutschen Bergarbeiter, nachdem sie alle Mittel der Verständigung erprobten haben, zum Streik greifen, auf ihr Verlangen wieder zusammentreten, um zu untersuchen, welches die praktischsten Mittel sind, um ihnen in ihrem Kampfe gegen ihre kapitalistischen Arbeitgeber beizustehen.“

Eine wichtige Sitzung des internationalen Komitees fand am 21. und 22. Februar 1912 in London statt. Die beteiligten Bergarbeiter im Bezirk Vorinige hatten damals eben einen mit jährlanger Ausdauer geführten und mit Erfolg beendeten Abwehrkrieg hinter sich. In diesem handelte es sich darum, die von den Unternehmern geplante Verlängerung der Lohnzahlungsperioden abzuwehren. Nach siebenmonatiger Dauer wurde der Kampf durch einen geheimnisvollen Eingriff zugunsten der Arbeiter beendet. Die deutschen Bergarbeiter waren damals bereits in eine Lohnbewegung eingetreten und die englischen Bergarbeiter befanden sich unmittelbar vor der Entscheidung über einen zu beginnenden Generalstreik aller britischen Bergarbeiter. Dieser hatte bekanntlich als Ziel, einen Minimallohn für alle unterirdischen Bergarbeiter zu erringen. Ferner waren auch die österreichischen Bergarbeiter in einigen Bergbaurevieren in eine Lohnbewegung eingetreten.

Unter diesen Umständen war eine Zusammenkunft des internationalen Komitees dringend notwendig, um sich über die in den einzelnen Ländern geplanten Aktionen zu informieren. Das Resultat der Verhandlungen ist zusammengefaßt in zwei von den englischen Delegierten vorgeschlagenen und vom Komitee einstimmig angenommenen Resolutionen. Die eine Resolution lautet:

„Das internationale Komitee ist der Überzeugung, daß es nicht notwendig ist, daß die Bergarbeiter auf dem Kontinent in einen Sympathiestreit mit den Bergarbeitern Großbritanniens treten, aber wenn in irgend einem der Distrikte Forderungen erhoben werden und die Arbeiter bereit sind, in einen Streik zu treten, um diese Forderungen durchzusetzen, heißt das Komitee dieses Vorschlag gut, aber unter keinen Umständen darf es als Sympathiestreit angesehen werden, sondern nur als eine Bewegung zum Nutzen der eigenen Bergarbeiter. Wir empfehlen, daß während des Streiks in Großbritannien die Bergarbeiter des Kontinents die Kostenförderung so weit wie möglich einschränken.“

Die zweite Resolution, welche sich nur auf das Verhalten der englischen Bergarbeiter bezicht, falls es in England nicht mögl. aber in Ländern des Kontinents zum Streik käme, hat folgenden Wortlaut:

„Wenn die Bergarbeiter irgend einer der kontinentalen Nationen jetzt oder in Zukunft dahin eintreffen, einen individuellen Minimallohn zu verlangen und einen Streik einzuführen, um ihn durchzusetzen, sind die Vertreter der Bergarbeiter Großbritanniens bereit, den Arbeitern zu empfehlen, daß die Produktion in Großbritannien so weit wie möglich eingeschränkt wird.“

Aus dem Stattdinden der Komiteesitzung wollten die „Christen“ durchaus den Beweis herleiten, daß der Ruhrbergarbeiterstreik im März 1912 ein Sympathiestreit zugunsten der englischen Bergarbeiter sein sollte und gewesen ist, um damit ihren niederrangigen Arbeiterverrat zu bekräftigen. Sie behaupteten deshalb auch, aus nationalen Gründen gegen den Streik sein zu müssen. Die oben abgedruckte Resolution zerstört diesen Schwund gründlich. Uebrigens haben die „Christen“ diesen Schwund selbst nicht gespürt, aber sie glaubten, damit einen plausiblen Grund zur Verteidigung ihres Streikbruchs gefunden zu haben.

Der Bericht bringt über die Wirtschaftslage, die Organisationen der Werksbesitzer, Produktion und Überschüsse der Werke, Arbeiterleistung und Entlohnung, Sozialgesetzgebung, Entwicklung des Verbandes, Verwaltung, Agitation, Bildungswesen, das Verhältnis zu anderen Organisationen unseres Berufes, Grenzstreitigkeiten, Rechtschutz, Knappenschaftliches, soziale Wahlen, Lohnbewegungen und Streiks, unsere Presse, unsere internationalen Beziehungen usw. eine Fülle von Material; es würde zu weit führen, an dieser Stelle weiter auf Einzelheiten einzugehen. Auch die Berichte der Bezirksleiter enthalten viel wertvolles Material. Sie sind ein Spiegelbild der Kämpfe und Schwierigkeiten, unter denen unser Verband selbst von den Behörden verfolgt wird, dafür nachstehend einige Beispiele:

„... Wenn die Bergarbeiter irgend einer der kontinentalen Nationen einen oder in Zukunft dahin eintreffen, einen individuellen Minimallohn zu verlangen und einen Streik einzuführen, um ihn durchzusetzen, sind die Vertreter der Bergarbeiter Großbritanniens bereit, den Arbeitern zu empfehlen, daß die Produktion in Großbritannien so weit wie möglich eingeschränkt wird.“

Ganz folgerichtig findet deshalb Niedersachs von den Menschen, daß sie ihr ganzes Sinnen und Trachten darauf richten, sich selbst und besonders die heranwachsenden jungen Menschenkinder zu erziehen zu neuen Menschen, daß sie alles das hinwegrauen, was dieser Entwicklung im Wege steht. Nicht fortwährend sollen sich die Menschen, sondern hinaufwachsen, über sich selbst sollen sie hinaushauen — aber zuerst müssen sie selbst rechtwinklig gebaut sein an Leib und Seele. Und die Besten unter ihnen müssen sich für ihre Mitstreiter aufopfern. Sie geistig hochstehenden Menschen haben Pflichten gegen die andern, sie müssen ihnen abgeben von ihrem Überflusse. Wie die Sonne es tut, das übereichte Gestirn, die am Morgen emporsteigt und Licht und Wärme über die Erde streut, die am Abend ins Meer hinabtaucht und die Wellen verfolgt, so daß auch der arme Fischer noch mit goldenem Nutzen rudert. Immer und immer wieder redet Niedersachs von den schenkenden Tugend, die unersättlich ist im Menschenentwurf, die alle Schäfe in sich aufnimmt, um sie mit reichen Händen wieder auszutreuen.

Wie man es fertig bringen kann, Niedersachs als einen herzlosen Gaisten und als einen Abterz des Kapitals hinzustellen, erscheint uns unbegreiflich. Mit Elst spricht er von „den Straßenkindern des Reichs“, die sich ihren Vorteil aus jedem Recht räumen, das den Kindern steht, von dem vergnügten, verfressenen Babel, dessen Väter Langfinger oder Nasbagel oder Lumpenjammer waren“. Er verurteilt die Selbstsucht, die allzu arme, hungrige Selbstsucht, die immer stehlen will, die mit dem Auge des Diebes blidet auf alles Glänzende, ein Grauen ist ihm der entartete Sinn, der alles für sich haben will. Aber er lobt und feiert „die geistige Selbstsucht, die aus mächtiger Seele quillt“, die aber auch Geißel hat für fremdes Leid, die Müdigkeit nimmt auf fremdes Glück. Allerdings belämmert er alle Kleidungs- und Sentimentalität und den weiblichen Willen, der die Menschen entmannet und verweichlicht, erklärt er den Krieg. Aber wenn es gilt, Menschenliche durch die Tat zu beweisen, dann singt er den schenkenden Zugend ein, der entartete Gedanke wieder. So spiegelt sich der Niedersachsenismus dem Leser der Niedersachsen-Werke wieder. Tille hat die Gedanken hören, weiß aber nicht, wo sie hängen. Er kennt von Niedersachs eben viel oder wenig, wie von Darwin, und es ist ein unerhör

In Alstede (Bezirk Lünen) wurde am Jahresende 1911 eine Zahlstelle gegründet und der Kamerad Bernhard Neujen Kamp zum Kassierer gewählt. Am 1. Januar 1912 trat der Kamerad seinen Posten an, aber schon am 31. Januar — am Sterbetag seiner Mutter — erhielt er vom Amtmann von Wock die Abschaffung aus dem preußischen Staatsverband. Der Kamerad hatte vergessen, daß sein Vater Holländer war und sich nicht in Deutschland naturalisierten ließ. Auf die Frage des Ausgewiesenen nach dem Grunde der Ausweisung, erklärte der Amtmann, von der Sorte schon genügend in Breubach zu haben, die er nicht aufzuweisen könne.

Auch im Bezirk Steinfurth wurden die Kameraden Pleßlitz (Steinfurth) und Oblock (Möllinghausen) als "lästige Ausländer" des Landes verwiesen. Der erste, weil er von seinen Kameraden als Delegierter zur Generalversammlung unseres Verbandes gewählt worden war, der zweite, weil er auf Wunsch der Beobachter nicht Streikbrecher werden wollte.

Von besonderem Interesse ist auch ein Schreiben des Königlichen Oberbergrats Siegelmeyer, worin er einen bekannten Herrn ersucht, recht gut Objekt zu geben auf die von Stockheim nach Weizenberg zugewanderten Bergleute, damit sie nicht in die Hände der Verbändler kämen. In dem Brief des Oberbergrats heißt es:

"Lassen Sie unter allen Umständen die nach Weizenberg reisenden Bergarbeiter am besten durch den Pfarrer Koch (Neuenroth) warnen, daß sie in Weizenberg nicht dem sozialdemokratischen Verband beitreten. Es ist dies sehr nötig."

Sie sollen sich hüten vor Anton Pröhrl II und Martin Lechner, den Hütern, und vor dem Schuhgeschäft Hirsch, einem entlassenen Bergarbeiter.

Dieser Brief nicht sehen lassen und nichts davon sagen, sondern verbrennen.

Bestes Glück auf!"

Nichts sagen, den Brief verbrennen, damit nicht öffentlich bekannt wird, daß der Herr Pfarrer auf Wunsch des Oberbergrats die Stockheimer Bergleute dem "christlichen" Gewerbeverein zuführen soll, das könnte Misstrauen erwecken.

Neben den Behörden steht auch die Geistlichkeit, besonders in den schwarz-gelben Hochburgen, alles daran, die Entwicklung unseres Verbandes auszuhästen. So lesen wir z. B. in dem Bericht für Essen-Ost u. a.: "Eine ganze Anzahl Wirts scheuen sich aus Angst vor den christlich-katholischen" Arbeitervereinen und deren hohen Protektoren, uns ihre Versammlungsräume zur Verfügung zu stellen. So passierte es unseren Kameraden in Hupperode gelegentlich einer Mitgliederbesprechung, daß der Wirt, der nur einmal sein Lokal uns zu Besprechungen zur Verfügung gestellt hatte, noch während der Tagung an uns herantrat, doch sofort abzubrechen und das Lokal zu verlassen, da der katholische Arbeiterverein jetzt aus der Kirche kommt und sein Geschäft ruiniert sei, falls derselbe gewahrt würde, daß der Verband dort getagt hätte. So ungeheuerlich groß ist also die Angst der Wirts vor dem Alerns."

Seit seinem Bestehen ist unser Verband mit gleichen und ähnlichen Mitteln bekämpft worden. Oft glaubten schon die Gegner sein Sterbegösselein läuten zu hören und inbelten. Unser Verband aber schritt unaufhaltbar vorwärts. Er hat sich auch in der Berichtszeit erwiesen als ein roher der Brone und mit Recht sagt der Bericht: "Die in den beiden Berichtsjahren geführten Kämpfe legen Zeugnis dafür ab, daß unser Verband der einzige Ort zur Wahrung und Erhaltung der Bergarbeiterrechte war und auch in Zukunft sein wird. Zwei Jahre aufopfernder Arbeit, eine Zeit reich an Erfahrungen und Kämpfen für die gerechte Sache der Bergarbeiter, liegen hinter uns. Wenn auch unsere Arbeit die erhofften Erfolge nicht gebracht hat, so wird sie dennoch reiche Früchte tragen und die gesamte Bergarbeiterchaft soll davon ernten. Mag man uns noch so schmutzig bekämpfen, mag man uns noch so sehr verleumden und verraten: auf Granit sollen alle beißen, die da glauben, die Organisation der Bergarbeiter vernichten zu können. Für alle unsere Feinde gelten die Worte Freiligraths:

"Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht..."

Unter die Welt, trotz alledem!"

Der „christliche“ Streikbruchgewerbeverein eine nationale Gefahr!

Die M.-Gladbacher Staatsmänner, die Großkappen wie die Kleinkappen, schlugen voriges Jahr formelle Purzelbäume vor „patriotischer Entrüstung“, als unser Verband sich nicht mit leeren Versprechungen abweisen ließ und zum Kampf für Verbesserung der Knappenverhältnisse ansetzte, daß wir dadurch unser Vaterland schädigten, den Feinden Deutschlands in die Hände arbeiteten. Unser Verband wolle im Ruhtort, so behaupteten die „christlichen“ Staatsmänner, die Waffe des politischen Massenstreiks erproben, wolle Industrie und Handel lahmlegen und bei den politischen Wirrnissen das eigene Vaterland schwächen, die Geschäfte des Auslandes besorgen. Unser Verband und seine Verbündeten sollen eine „nationale Gefahr“ bilden, gegen die der Staat mit Maßnahmen eingreifen müsse. In verschiedenen Zeitungsblättern wurde sogar gefordert, Bergarbeiterstreiks gesetzlich zu verbieten, und Staatsmänner Giesbert sprach im Reichstag als M.-Gladbacher Cato sein „Ceterum censeo“ über die Bergarbeiterstreiks, die „ganz anders zu bewerten seien als gewöhnliche Streiks“. Mit keinem Wort kritisierten diese Staatsmänner das rücksichtslos ablehnende Verhalten der Grubenbesitzer, von deren Willen es ganz allein abhing, ob es zum „politischen Massenstreik“ kam oder ob die Lohnbewegung in Frieden beigelegt werden konnte. Den Grubenbesitzern sind die Kohlenfelder vom Staat nur verliehen, mithin haben sie auf das Staatsinteresse mehr Rücksicht zu nehmen, als die Arbeiter, denen der Staat nur Assemeier, Gefängnisse, Steuereinnahmen und Schulden „verleiht“, folglich mußte von den Grubenbesitzern verlangt werden, daß sie in Zeiten innerpolitischer Wirrnisse den sozialen Frieden erhalten, nicht den Kampf absichtlich herausbeschwören. Die Grubenbesitzer haben jedoch den Kampf heraufbeschworen, anstatt dem Frieden zu dienen. Seit 1907 waren die Bergarbeiterlöhne ansteigend gefüllt, mehr als 150 Millionen hatten die Ruhrbergarbeiter an Löhnen verloren, während andererseits die Schrauben der Lebensmittelpreise unaufhaltbar anstiegen. Mit dem Einsetzen einer beispiellosen Hochkonjunktur forderten die Bergarbeiter mit vollem Recht ihren Anteil an dem Goldstrom, der aus der Montanindustrie zu fließen begann. Schließlich sind es die Arbeiter allein, aus deren Knochen und Schweif die Industrie, oder richtiger: „die Herren der Erde“ die Millionen herauspressen und da kann billigerweise verlangt werden, daß von diesen Millionen den Arbeitern ein angemessener Teil zukommt, sind es doch nur die Erträge ihres Schwitzes, die sie fordern. Das haben die Grubenbesitzer jedoch abgelehnt und haben damit die Verantwortung für den „politischen Massenstreik“ auf sich genommen, und es gehörte schon die ganze Unehrlichkeit der M.-Gladbacher Arbeiterväter dazu, unser Verband für den Streikbruch verantwortlich zu machen.

Den Verrätern bestete sich die rächende Nemesis an die Fersen und schneller als sie es wohl geahnt haben, werden die Staatsmänner mit den Waffen, die sie gegen uns geschmiedet haben, auf ihre „christlich-nationalen“ Wasser-

köpfe geschlagen. Bei der Komödie im Saarrevier benutzten die „Berliner“ gegen die „christlichen“ Streikheister eigene Flugblätter und schlugen ihnen dieselben um die „christlich-nationalen“ Gesetze, daß ihnen Hören und Sehen verging und jetzt sind es wiederum die „Berliner“, die sich wegen der Vorgänge in Oberschlesien in der Pose der Staatsmänner mit M.-Gladbacher Argumenten gegen die M.-Gladbacher Staatsmänner wenden. Der „Arbeiter“ schreibt in seiner Nummer 8 vom 13. April unter der Überschrift: „Die nationale Gefahr in Oberschlesien“:

„Die christlichen Gewerkschaften wollen aber auch nationale Organisationen sein. In den höchsten Tönen preisen sie sich als „nationale Notwendigkeit“ an und verdächtigen die katholische Organisation des Berliner Verbandes, als sei diese ein „Fremdkörper“ in unserer Nation.“

Die nationale Überhäuptigkeit des christlichen Bergarbeiterverbandes erscheint jedoch augenscheinlich der oberschlesischen Streikbewegung in eigenständigem Eiste. Wie weit wohl, daß seit dem Ausbruch des Balkankriegs zwischen Russland und Österreich ein überaus gespanntes Verhältnis besteht. An den letzten Wochen haben sich die Beziehungen zwischen Wien und Petersburg sogar in bedeutsicher Weise zugespielt. Daß Deutschland bei einem etwaigen Konflikt zwischen der Donaumonarchie und dem Kaiserreich nicht den unbetätigten Aufschauer spielen kann, ist heute beinahe jedem Schlußfolgerungslustigen klar.

Berade in der oberschlesischen Sache würde sich aber der Missglück der ungünstigen internationalen Lage überaus empfindlich bemerkbar machen. Im gegenwärtigen Augenblick erscheint es deshalb dringend geboten, daß sich gerade im oberschlesischen an der russischen und österreichischen Grenze ein ruhiges gewerblisches Leben abwickelt und eine zuverlässige Arbeiterschaft dort als starker Grenzwacht steht. Angeleitet der gewerkschaftlichen internationalen Lage liegt es deshalb im höchsten Interesse des deutschen Reiches, daß dort im friedlichen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Besserstellung der wirtschaftlichen Lage der oberschlesischen Bergleute gearbeitet wird...

Ein allgemeiner Streit im oberschlesischen Bergbau wäre bei der heutigen, so viele Gefahren in sich versteckenden Spannung zwischen Russland und Österreich eine nicht zu unterschätzende nationale Gefahr. Trotzdem treibt der Gewerbeverein der christlichen Bergarbeiter, der angeblich die „nationale“ Gestaltung in Erbacht genommen hat, in Gemeinschaft mit der sozialen und sozialdemokratischen Organisation planmäßig auf den Streik von mehr als hunderttausend Bergarbeitern im oberschlesischen Industriegebiet hin, der sich jeden Augenblick stellte. Angeleitet die gewerkschaftlichen internationalen Lage liegt es deshalb im höchsten Interesse des deutschen Reiches, daß dort im friedlichen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Besserstellung der wirtschaftlichen Lage der oberschlesischen Bergleute gearbeitet wird...

Ein allgemeiner Streit im oberschlesischen Bergbau wäre bei der heutigen, so viele Gefahren in sich versteckenden Spannung zwischen Russland und Österreich eine nicht zu unterschätzende nationale Gefahr. Trotzdem treibt der Gewerbeverein der christlichen Bergarbeiter, der angeblich die „nationale“ Gestaltung in Erbacht genommen hat, in Gemeinschaft mit der sozialen und sozialdemokratischen Organisation planmäßig auf den Streik von mehr als hunderttausend Bergarbeitern im oberschlesischen Industriegebiet hin, der sich jeden Augen-

blick stellte. Angeleitet die gewerkschaftlichen internationalen Lage liegt es deshalb im höchsten Interesse des deutschen Reiches, daß dort im friedlichen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Besserstellung der wirtschaftlichen Lage der oberschlesischen Bergleute gearbeitet wird...

Ein allgemeiner Streit im oberschlesischen Bergbau wäre bei der heutigen, so viele Gefahren in sich versteckenden Spannung zwischen Russland und Österreich eine nicht zu unterschätzende nationale Gefahr. Trotzdem treibt der Gewerbeverein der christlichen Bergarbeiter, der angeblich die „nationale“ Gestaltung in Erbacht genommen hat, in Gemeinschaft mit der sozialen und sozialdemokratischen Organisation planmäßig auf den Streik von mehr als hunderttausend Bergarbeitern im oberschlesischen Industriegebiet hin, der sich jeden Augen-

blick stellte. Angeleitet die gewerkschaftlichen internationalen Lage liegt es deshalb im höchsten Interesse des deutschen Reiches, daß dort im friedlichen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Besserstellung der wirtschaftlichen Lage der oberschlesischen Bergleute gearbeitet wird...

Ein allgemeiner Streit im oberschlesischen Bergbau wäre bei der heutigen, so viele Gefahren in sich versteckenden Spannung zwischen Russland und Österreich eine nicht zu unterschätzende nationale Gefahr. Trotzdem treibt der Gewerbeverein der christlichen Bergarbeiter, der angeblich die „nationale“ Gestaltung in Erbacht genommen hat, in Gemeinschaft mit der sozialen und sozialdemokratischen Organisation planmäßig auf den Streik von mehr als hunderttausend Bergarbeitern im oberschlesischen Industriegebiet hin, der sich jeden Augen-

blick stellte. Angeleitet die gewerkschaftlichen internationalen Lage liegt es deshalb im höchsten Interesse des deutschen Reiches, daß dort im friedlichen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Besserstellung der wirtschaftlichen Lage der oberschlesischen Bergleute gearbeitet wird...

Ein allgemeiner Streit im oberschlesischen Bergbau wäre bei der heutigen, so viele Gefahren in sich versteckenden Spannung zwischen Russland und Österreich eine nicht zu unterschätzende nationale Gefahr. Trotzdem treibt der Gewerbeverein der christlichen Bergarbeiter, der angeblich die „nationale“ Gestaltung in Erbacht genommen hat, in Gemeinschaft mit der sozialen und sozialdemokratischen Organisation planmäßig auf den Streik von mehr als hunderttausend Bergarbeitern im oberschlesischen Industriegebiet hin, der sich jeden Augen-

blick stellte. Angeleitet die gewerkschaftlichen internationalen Lage liegt es deshalb im höchsten Interesse des deutschen Reiches, daß dort im friedlichen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Besserstellung der wirtschaftlichen Lage der oberschlesischen Bergleute gearbeitet wird...

Ein allgemeiner Streit im oberschlesischen Bergbau wäre bei der heutigen, so viele Gefahren in sich versteckenden Spannung zwischen Russland und Österreich eine nicht zu unterschätzende nationale Gefahr. Trotzdem treibt der Gewerbeverein der christlichen Bergarbeiter, der angeblich die „nationale“ Gestaltung in Erbacht genommen hat, in Gemeinschaft mit der sozialen und sozialdemokratischen Organisation planmäßig auf den Streik von mehr als hunderttausend Bergarbeitern im oberschlesischen Industriegebiet hin, der sich jeden Augen-

blick stellte. Angeleitet die gewerkschaftlichen internationalen Lage liegt es deshalb im höchsten Interesse des deutschen Reiches, daß dort im friedlichen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Besserstellung der wirtschaftlichen Lage der oberschlesischen Bergleute gearbeitet wird...

Ein allgemeiner Streit im oberschlesischen Bergbau wäre bei der heutigen, so viele Gefahren in sich versteckenden Spannung zwischen Russland und Österreich eine nicht zu unterschätzende nationale Gefahr. Trotzdem treibt der Gewerbeverein der christlichen Bergarbeiter, der angeblich die „nationale“ Gestaltung in Erbacht genommen hat, in Gemeinschaft mit der sozialen und sozialdemokratischen Organisation planmäßig auf den Streik von mehr als hunderttausend Bergarbeitern im oberschlesischen Industriegebiet hin, der sich jeden Augen-

blick stellte. Angeleitet die gewerkschaftlichen internationalen Lage liegt es deshalb im höchsten Interesse des deutschen Reiches, daß dort im friedlichen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Besserstellung der wirtschaftlichen Lage der oberschlesischen Bergleute gearbeitet wird...

Ein allgemeiner Streit im oberschlesischen Bergbau wäre bei der heutigen, so viele Gefahren in sich versteckenden Spannung zwischen Russland und Österreich eine nicht zu unterschätzende nationale Gefahr. Trotzdem treibt der Gewerbeverein der christlichen Bergarbeiter, der angeblich die „nationale“ Gestaltung in Erbacht genommen hat, in Gemeinschaft mit der sozialen und sozialdemokratischen Organisation planmäßig auf den Streik von mehr als hunderttausend Bergarbeitern im oberschlesischen Industriegebiet hin, der sich jeden Augen-

blick stellte. Angeleitet die gewerkschaftlichen internationalen Lage liegt es deshalb im höchsten Interesse des deutschen Reiches, daß dort im friedlichen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Besserstellung der wirtschaftlichen Lage der oberschlesischen Bergleute gearbeitet wird...

Ein allgemeiner Streit im oberschlesischen Bergbau wäre bei der heutigen, so viele Gefahren in sich versteckenden Spannung zwischen Russland und Österreich eine nicht zu unterschätzende nationale Gefahr. Trotzdem treibt der Gewerbeverein der christlichen Bergarbeiter, der angeblich die „nationale“ Gestaltung in Erbacht genommen hat, in Gemeinschaft mit der sozialen und sozialdemokratischen Organisation planmäßig auf den Streik von mehr als hunderttausend Bergarbeitern im oberschlesischen Industriegebiet hin, der sich jeden Augen-

blick stellte. Angeleitet die gewerkschaftlichen internationalen Lage liegt es deshalb im höchsten Interesse des deutschen Reiches, daß dort im friedlichen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Besserstellung der wirtschaftlichen Lage der oberschlesischen Bergleute gearbeitet wird...

Ein allgemeiner Streit im oberschlesischen Bergbau wäre bei der heutigen, so viele Gefahren in sich versteckenden Spannung zwischen Russland und Österreich eine nicht zu unterschätzende nationale Gefahr. Trotzdem treibt der Gewerbeverein der christlichen Bergarbeiter, der angeblich die „nationale“ Gestaltung in Erbacht genommen hat, in Gemeinschaft mit der sozialen und sozialdemokratischen Organisation planmäßig auf den Streik von mehr als hunderttausend Bergarbeitern im oberschlesischen Industriegebiet hin, der sich jeden Augen-

blick stellte. Angeleitet die gewerkschaftlichen internationalen Lage liegt es deshalb im höchsten Interesse des deutschen Reiches, daß dort im friedlichen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Besserstellung der wirtschaftlichen Lage der oberschlesischen Bergleute gearbeitet wird...

Ein allgemeiner Streit im oberschlesischen Bergbau wäre bei der heutigen, so viele Gefahren in sich versteckenden Spannung zwischen Russland und Österreich eine nicht zu unterschätzende nationale Gefahr. Trotzdem treibt der Gewerbeverein der christlichen Bergarbeiter, der angeblich die „nationale“ Gestaltung in Erbacht genommen hat, in Gemeinschaft mit der sozialen und sozialdemokratischen Organisation planmäßig auf den Streik von mehr als hunderttausend Bergarbeitern im oberschlesischen Industriegebiet hin, der sich jeden Augen-

blick stellte. Angeleitet die gewerkschaftlichen internationalen Lage liegt es deshalb im höchsten Interesse des deutschen Reiches, daß dort im friedlichen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Besserstellung der wirtschaftlichen Lage der oberschlesischen Bergleute gearbeitet wird...

Ein allgemeiner Streit im oberschlesischen Bergbau wäre bei der heutigen, so viele Gefahren in sich versteckenden Spannung zwischen Russland und Österreich eine nicht zu unterschätzende nationale Gefahr. Trotzdem treibt der Gewerbeverein der christlichen Bergarbeiter, der angeblich die „nationale“ Gestaltung in Erbacht genommen hat, in Gemeinschaft mit der sozialen und sozialdemokratischen Organisation planmäßig auf den Streik von mehr als hunderttausend Bergarbeitern im oberschlesischen Industriegebiet hin, der sich jeden Augen-

blick stellte. Angeleitet die gewerkschaftlichen internationalen Lage liegt es deshalb im höchsten Interesse des deutschen Reiches, daß dort im friedlichen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Besserstellung der wirtschaftlichen Lage der oberschlesischen Bergleute gearbeitet wird...

Ein allgemeiner Streit im oberschlesischen Bergbau wäre bei der heutigen, so viele Gefahren in sich versteckenden Spannung zwischen Russland und Österreich eine nicht zu unterschätzende nationale Gefahr. Trotzdem treibt der Gewerbeverein der christlichen Bergarbeiter, der angeblich die „nationale“ Gestaltung in Erbacht genommen hat, in Gemeinschaft mit der sozialen und sozialdemokratischen Organisation planmäßig auf den Streik von mehr als hunderttausend Bergarbeitern im oberschlesischen Industriegebiet hin, der sich jeden Augen-

blick stellte. Angeleitet die gewerkschaftlichen internationalen Lage liegt es deshalb im höchsten Interesse des deutschen Reiches, daß dort im friedlichen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Besserstellung der wirtschaftlichen Lage der oberschlesischen Bergleute gearbeitet wird...

Ein allgemeiner Streit im oberschlesischen Bergbau wäre bei der heutigen, so viele Gefahren in sich versteckenden Spannung zwischen Russland und Österreich eine nicht zu unterschätzende nationale Gefahr. Trotzdem treibt der Gewerbeverein der christlichen Bergarbeiter, der angeblich die „nationale“ Gestaltung in Erbacht genommen hat, in Gemeinschaft mit der sozialen und sozialdemokratischen Organisation planmäßig auf den Streik von mehr als hunderttausend Bergarbeitern im oberschlesischen Industriegebiet hin, der sich jeden Augen-

blick stellte. Angeleitet die gewerkschaftlichen internationalen Lage liegt es deshalb im höchsten Interesse des deutschen Reiches, daß dort im friedlichen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Besserstellung der wirtschaftlichen Lage der oberschlesischen Bergleute gearbeitet wird...

Ein allgemeiner Streit im oberschlesischen Bergbau wäre bei der heutigen, so viele Gefahren in sich versteckenden Spannung zwischen Russland und Österreich eine nicht zu unterschätzende nationale Gefahr. Trotzdem treibt der Gewerbeverein der christlichen Bergarbeiter, der angeblich die „nationale“ Gestaltung in Erbacht genommen hat, in Gemeinschaft mit der sozialen und sozialdemokratischen Organisation planmäßig auf den Streik von mehr als hunderttausend Bergarbeitern im oberschlesischen Industriegebiet hin, der sich jeden Augen-

blick stellte. Angeleitet die gewerkschaftlichen internationalen Lage liegt es deshalb im höchsten Interesse des deutschen Reiches, daß dort im friedlichen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Besserstellung der wirtschaftlichen Lage der oberschlesischen Bergleute gearbeitet wird...

Ein allgemeiner Streit im oberschlesischen Bergbau wäre bei der heutigen, so viele Gefahren in sich versteckenden Spannung zwischen Russland und Österreich eine nicht zu unterschätzende nationale Gefahr. Trotzdem treibt der Gewerbeverein der christlichen Bergarbeiter, der angeblich die „nationale“ Gestaltung in Erbacht genommen hat, in Gemeinschaft mit der sozialen und sozialdemokratischen Organisation planmäßig auf den Streik von mehr als hunderttausend Bergarbeitern im oberschlesischen Industriegebiet hin, der sich jeden Augen-

blick stellte. Angeleitet die gewerkschaftlichen internationalen Lage liegt es deshalb im höchsten Interesse des deutschen Reiches, daß dort im friedlichen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Besserstellung der wirtschaftlichen Lage der oberschlesischen Bergleute gearbeitet wird...

Ein allgemeiner Streit im oberschlesischen Bergbau wäre bei der heutigen, so viele

lediglich aus Mitleid, um der sonst unvermeidlichen Katastrophe vorzubürgen und Klein wieder mit den Füßen auf den Boden zu bringen, haben wir ihm einen Dämpfer aufgesetzt. Wir veröffentlichten in Nr. 14 der "Vergewalteter-Zeitung" einen Brief von ihm, der in gehörigen Sätzen schauderhaft und orthographisch sehr fehlerreicher enthielt, abgesehen von dem "schönen" Stil. Damit hatten wir aber die Schlepper des alten "christlichen" Großlappens getroffen, wenn man davon abträgt, werden sie oft.

In Nr. 15 und 16 bringt der "Vergewaltete" Entgegnungen, die nur von blindem Hass diktiert sind. Unter anderem ist er seinen Verfeindeten Leuten eine ebenso ungemein wie nichthalbige Geschichte über die Meisterentlassung Wagners auf (die, nebenbei bemerkt, schon 85 Jahre zurückliegt), aus der sich, selbst wenn die Darstellung so richtig wäre, wie sie falsch ist, nur ergibt, daß Wagner den Beträger noch nicht verstanden hatte. Damit wird weder für, noch gegen einen Zahlungsbetrag etwas bewiesen. Wagner gibt auch gern zu, daß er nicht als Professor vom Himmel gefallen ist; nur sehr ungern läßt eine mangelschärfte Eiseler Volksschule besucht und sein Wissen durch mangelhaftes Selbststudium vervollständigt hat. Beweist das etwas gegen seine Häufigkeiten?

Doch auch der "Vergewaltete" gegen Mißverständnisse und Irrtümer nicht gefehlt, ergibt sich schon daraus, daß er Wagner den Vornamen Hermann beilegt, obwohl der richtige Name schon etwa sechs Jahre am Kopfe der "Vergewalteter-Zeitung" steht. Wollten wir nach der Methode des "Vergewalteten" verfahren, könnten wir daraus auch auf einen Mangel an Häufigkeiten schließen.

Zum ungezählten Male bringt der "Vergewaltete" denn auch wieder den Brief unseres Kameraden Schröder an den früheren Rektor der Schule in Bredeney. Läge es nicht näher, einmal Briefe der Gewerbevereinsvorstandes des Käfers und Klähne nach dem Original abzudrucken? Oder ist es dem "Vergewalteten" unbekannt, daß Brust seinem Freund Hermann Köster attestierte, er habe das Pulver nicht erkunden, und ferner sagte, evangelische Schulen könnten erster gebacken werden?

Wir wissen, daß die heutige Volksbildung nur sehr mangelschärf und es nur wenigen möglich ist, sich durch Selbststudium weiter zu Bilden. Wir würden darum auch den Brief Kleins nicht nach dem Original veröffentlicht haben, wenn seine nachlos überhebende, aufgebäumte Art nicht hätte das Schlimmste befürchtet lassen. Zu seinem Unrecht richten wir Klein darum einen Dämpfer auf. Dafür sollte er uns eigentlich dankbar sein. Aber Undank ist nun einmal der Welt Lohn.

Christliche" Zitterkünste.

Am 18. April fand in Dorstfeld eine "christliche" Versammlung statt, zu der die "Christenführer" ihre verborgtesten Fanatiker aus dem ganzen Kreis Dortmund usw. zusammengetrommelt hatten. Diese hatten den Platz von der Bühne bis zur Mitte des Saales besetzt. Unter solchen Umständen gaben die "Christenführer" auch Diskussion, was nicht geschah, wenn sie eine Mehrheit von urteilsfähigen Leuten vor sich haben. Wissen sie doch sehr gut, daß ihre verborgten Fanatiker jeden Gegner niederrücken, der ihnen nicht genügende Wahrheiten sagt. Die "Christenführer" ließen dann auch unter diesen Umständen Christen und Wagner zu Wort kommen und "sagten" natürlich in der "Tremontia". In der Zentrumspresse haben die "Christenführer" noch immer "gesagt", warum sollte es diesmal anders sein? Wir hätten zu den langatmigen Berichten der "Tremontia" darum auch geschwiegen, wenn Wagner nicht unterstellt worden wäre, gesagt zu haben: "Gewiß, über den Streit im vorigen Frühjahr kann man zweierlei Meinung sein." Das habe ich nicht gesagt. Unter Berufung auf § 11 des Reichsgesetzes ersuchte ich Sie darum, in nächster Nummer der "Tremontia" folgende Berichtigung zu bringen:

Borkum, den 18. April 1918.

An die Schriftleitung der "Tremontia", Dortmund, Poststraße 4. Unter der Überschrift: "Sozialdemokratische Gewerkschaftsstadt" bringt die "Tremontia" (Nr. 104 vom 18. April 1918) einen Artikel, der — abgesehen von anderen Unrichtigkeiten — mir unterstellt, am Sonntag, den 18. April, in einer Versammlung in Dorstfeld gesagt zu haben: "Gewiß! Über den Streit im vorigen Frühjahr kann man zweierlei Meinung sein." Das habe ich nicht gesagt. Unter Berufung auf § 11 des Reichsgesetzes ersuchte ich Sie darum, in nächster Nummer der "Tremontia" folgende Berichtigung zu bringen:

Es ist unwahr, daß ich in der Vergewalteter-Versammlung am letzten Sonntag die Neuerzung gemacht habe: "Gewiß! Über den Streit im vorigen Frühjahr kann man zweierlei Meinung sein." In Wirklichkeit habe ich gesagt: "Selbst wenn man über den Vergewalteter-Streit im vorigen Frühjahr gelehrter Meinung ist oder sein könnte, darüber kann es keine Meinungsverschiedenheit geben, daß im Ernstfalle die Vergewalteter genau so zusammenstehen müssen, wie die Grubenkapitalisten, da es sonst nie möglich sein wird, Erfolge zu erzielen."

Theodor Wagner, Redakteur der "Vergewalteter-Zeitung".

Im Anschluß an diese Berichtigung hält die "Tremontia" ihre Angaben aufrecht. Nach "stenographischen Notizen" ihres Berichterstatters soll Wagner "wörtlich" gesagt haben: "Gewiß, man kann über den Streit im vorigen Frühjahr zweierlei Meinung sein, aber nur einer Meinung kann man darüber sein, daß, wenn 235 000 Vergewalteter im Streit stehen, sich die anderen als Kameraden fühlen und Schulter an Schulter mit kämpfen müssen."

Auch aus dieser Darstellung ergibt sich, daß der erste Teil des Satzes nur hypothetisch angewandt wurde, um den Schwerpunkt des zweiten Teiles schärfer hervortreten zu lassen. Es ist darum schon durchaus ungültig, den Soz auseinanderzureißen, wie es geschehen ist. Solche Zittermethoden sind auch nur im Lager der M.-Gladdbach "Christen" und in der Zentrumspresse üblich. Wenn die "Christen" glauben, ihre verlorene Position mit aus dem Zusammenhang gerissenen Viertel- und Halbsätzen retten zu können, bereiten sie damit nur ihre Kopfschüttigkeit. Wo Tatsachen eine so lebendige Sprache reden, wie im Bergbau, verzagen auf die Dauer alle "christlichen" Zitterkünste.

Eig-monie.

"Ich habe die Überzeugung, daß alles über doch fast alles gelogen ist, was uns aus dem christlichen Gewerkschaftsbüro zugeendet wird."

Ganz Gehr, "Saarpost"-Redakteur. Auch die übrigen Zentrumsredakteure dürften derselben Überzeugung sein, aber dennoch nehmen sie immer wieder die Lügenartikel dieser Pusserchriften auf in der Hoffnung: Verleumde nur drauflos, etwas bleibt immer hängen. Biederholz müßte unter Börland seinen Augen mit Berichtigungen entgegentreten, so auch wieder am 12. April gegen die "Tremontia", der folgende Berichtigung zugeendet wurde:

In den verantwortlichen Redakteuren der "Tremontia", Herrn Dr. phil. Hoffmann, Dortmund, Poststraße 4.

In Nr. 100 der "Tremontia" vom 12. April d. J. befindet sich auf der ersten Seite ein Artikel unter der Überschrift: "Sozialdemokratische Gewerkschaftsstadt", der — abgesehen von anderen Unrichtigkeiten und Irrtümer — folgende, nicht den Tatsachen entsprechende Behauptung aussetzt:

"Der sozialdemokratische Vergewalteter-Verband lehnt es ab, auf gewerkschaftlicher Grundlage mit anderen Organisationen gemeinsame Sitzungen zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unternehmen."

Unter Hinweis auf § 11 des Reichsgesetzes fordern wir Sie auf, in der nächsten Nummer Ihres Blattes folgende Berichtigung des genannten Artikels anzunehmen:

Es ist nun wahr, daß der Verband der Vergewalteter Deutschlands es ablehnt, auf gewerkschaftlicher Grundlage mit anderen Organisationen gemeinsame Sitzungen zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unternehmen.

Wahr ist, daß der Verband der Vergewalteter Deutschlands es ablehnt, auf gewerkschaftlicher Grundlage mit anderen Organisationen gemeinsame Sitzungen zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unternehmen.

Bewegung im Wurmrevier eine reservierte Haltung eintimmt, so ist diese geboten durch das Verhalten des christlichen Gewerbevereins bei den Bohlkämpfen der letzten Jahre und besonders beim Streit der Muhrbergvergelteter im März 1912. Daß die Organisation, die zu solchen Taten fähig ist, noch beabsichtigen sollte, ernsthafte Lohnbewegungen zu führen oder mitzumachen können, wir nicht glauben.

O, die armen, armen Kohlenbarone!

Wie eins die Teufel führen in die Bergener Säue, so scheint der Geist des saarländischen Handelskammerhändlers Dr. Tille in die Handelskammern des Wurmreviers gesessen zu sein, denn wahre Scharknäckerorgeln seien die Berichte. So berichtet die Dortmunder Handelskammer über den Vergewalteter-Streit von 1908:

Unter solchen Umständen sollte man glauben, daß die Sympathie des Publikums sich in der Nähe wie in der Ferne rückhaltlos den Kohlenindustriellen zuwenden würde und man es allgemein für selbstverständlich halten müsse, daß bei einem solchen Vorgehen der Streikenden, weder von einem Nachbauen noch vonlegen einem Anstandspunkt von Seiten der Betriebsbesitzer die Nede sein könnte. Den anderenfalls müßten die Arbeiter geradezu an der Walmutterstellung feiern: Nur immer bestreikt, auch der rustikale Streit bringt uns trock Kontraktbrüche und allemal immer Vorteile über Maßterförderung. Aber, wie angebaut, das Gegenteil von dem willig zu Erbarmenden geschah.

Im Parlament wie in der Presse begann, ausgenommen hier wie dort einige wenige sachverständige (?) Abgeordnete und Zeitungsorgane, eine wahre Hege gegen die "Kohlenbarone", wobei Verdrehung und Unterkühlung wahre Orgien seierten.

Heber ist bei den heutigen Verhältnissen gegen diese Ohren von Verleumdungen und Unverstand, die ihren altpflichtigen Weiser bestehen. Streit über die Arbeitgeber auspricht, nichts zu machen. Aller, natürlich auch es sein für Leute, die sich veracht und ihren Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit und auch gegenüber den Arbeitern in hohem Maße genötigt zu haben, sich wie betenderige Halunken begehnkt zu sehen. Sollte einmal die Zeit kommen, wo es nicht mehr Männer mit genug Gleichmut und genug starken Herzen geben wird, um die Auslebens, denen heute jeder eingerungen bedeutende Arbeitgeber ausgesetzt ist, zu ertragen, dann entlebt dann aber zu spät, wird man gewornt werden, wieviel die Allgemeinheit und insbesondere das ganze Wirtschaftsleben unseres Landes und wortet nicht zum mindesten die Arbeiter an diesen verschwätzigen Industriellen Großunternehmern verloren haben.

Daß der Streit von solcher Dauer gewesen ist und einen solchen Verlangen erreicht hat, dazu hat, darüber ist sich die Industrie einig, nicht zum wenigsten der Umstand beigetragen, daß sich Kreise in den Kampf mischen, die, dem wirtschaftlichen Leben fernstehend, nicht genügende Kenntnis der Ursachen und Triebsfedern dieser Kämpfe besitzen, trotzdem aber die ganze Wucht ihres Einflusses zugunsten der Streikenden gestellt machen. Daß darunter sich wieder eine Reihe Professoren befinden, setzt uns in keiner Weise mehr in Verwunderung, sind wir es doch gewohnt, daß sie den Titel "Professor gegen Handel und Gewerbe" schon längst rechtfertigen. Zu unserer Bedauern müßten wir aber unter genannten parteinahmen Kreisen auch die Geistlichkeit, die katholische wie die evangelische, sehen, und zu unserem noch größten Bebauern die künftige Regierung selbst! Dadurch, daß den Streikenden just mittler im Kampf verblieben wurde, die Regierung werde einen Teil ihrer Forderungen auf dem Wege der Gesetzgebung erfüllen, gab sie den Streikenden eine gewollte moralische Ablenkung, reibholtzerte, das im Schwinden begriffene Ansehen der Streikführer und gab diesen die Möglichkeit, von einem teilweisen "Siege" im Streit und von den "Erungenen" von dem Nebel der Streitvorbereitungen zu reden.

Gut zu schrechlich, daß sich Geistliche und Professoren auf die Seite der in Hinterzug und Wollust schwelgenden Vergewalteter stellen gegen die in hinterster Tat dahinveitenden Kohlenbarone, die sich ihr ganzes Leben lang tagaus tagüber mühten, doch nie in die Augen zu ziehen. Früher, in ihren besten Jahren, sind die Kohlenbarone aufgebrach, als arme Ausvaldten, als wandelnde Leichen schleppen sie sich noch einige Zeit elend durchs Leben, bissfest auf Kosten der Armenverwaltung, während die Vergewalteter ihren Schmerzbauden grautätsch spazieren fuhren, im Sommer sich zu Zeltlauftenden in den Seebädern herumtrieben, im Winter an der Riviera, in Monte Carlo, Rom, Neapel leben, nur auf kurze Zeit ihre heimischen Schlösser im Speldorf-Walde, an der Ruhe und am Rhein aufzusuchen. Große Kunstsammlungen legen die Vergewalteter in ihren Schlössern an, halten sich Maritärs, Autoparts, während die armen Kohlenbarone sich mit knapper Not aufzählich einen Marienkäfer kaufen können, um mit den Bildern aus diesen Kalendern die fahlen Wände ihrer Mansardenwohnungen zu dekorieren. Während die Vergewalteter ihre Söhne auf die Universitäten schicken, ihren Töchtern allen Luxus gewähren müssen die Kinder der armen Kohlenbarone Gräßwurst und Margarine essen müssen auf den Wiesen Sauerampfer suchen, auf den Feldern Kohlbäcker stecken, damit sie Salat bekommen, müssen als schwache Bürmer schon schwitzen für die — Vergewalteter. Arm und elend stirbt schließlich der Kohlenbaron, seine Familie läßt er in Not und Schulden zurück, während der Bergmann trotz all seiner Verchwundung seinen Angehörigen Millionen hinterläßt. O diese armen, armen Kohlenbarone, daß sie doch nur — Vergewalteter werden könnten!

Das Dienstmädchen als ärztliche Ratgeberin.

Auf Seite Adler hat man seit einiger Zeit auch eine Familienfrontseite für die Angehörigen der Belegschaftsmitglieder eingeführt. Den Belegschaftsmitgliedern sind hier, wie bei fast allen Familieneinträgungen, bestimmte Arzte vorgeschrieben. Es passiert nun öfters, daß in besonders dringenden Fällen gelegentlich auch mal ein Richtkassenarzt von den Familienangehörigen zur Behandlung der Kranken oder Verletzen herangezogen wird, insbesondere aber dann, wenn der Kassenarzt nicht zu erreichen ist. Die Arzte bekommen in der Regel für die Behandlung der Familienangehörigen jüngerer Klassen eine Pauschalsumme. Einen Kameraden der Belegschaft von Adler passte nun folgendes: Seine Ehefrau hatte sich Ende Februar d. J. durch Explosivierung eines Wasserhähns (eines sogenannten Wärmeleßels) das Nasenbein schwer verletzt, ebenfalls hatten die Augen kleinere Verletzungen erlitten. Da im Hause anwesenden Mithabern rufen zuerst die im gelebten telephonisch Herr Dr. Knidmeyer aus Velbert an, der jedoch nicht anwesend war, und erlaubten daraufhin seinen Stellvertreter, Herrn Dr. Lichsenmacher, die Verletzte zu behandeln. Am 25. Februar wurde nun folgendes durch Antrag zur Kenntnis der Belegschaft gebracht:

Betrifft Familienkrankenfasse.

Ein Arzt schreibt uns folgendes:

Zugleich bitte ich, mich von vorne herein darin zu unterstützen, daß kein Missbrauch mit der freien Behandlung getrieben wird und zwar nicht nur in meinem, sondern auch im Interesse der Gewerkschaft wie der Arztkollegen selbst.

Gleich die erste Behandlung ist nämlich ein solcher Missbrauch gewesen. Heute nacht oder gestern abend früh wurde Herr Dr. N. der mich im Rottal vertreibt, in meiner Abwesenheit zu Frau N. gerufen, ohne daß die geringste Notwendigkeit vorlag. Die Leute hatten allerdings schon gegen 7 Uhr bei mir telephonisch angerufen. Mein Dienstmädchen, die genau Bescheid weiß, hatte die Leute aufgefordert, doch die Frau, die offenbar nur geringe Brandwunden hatte, heute morgen hierhin zu schicken und bis dahin warme Alsaun-Blutwässle zu machen. Trocken wurde Dr. N. gerufen. Derselbe erklärte mir heute morgen, daß es sich nur um ganz geringe Brandwunden im Gesicht gehandelt hätte, hauptsächlich um nur etwa markgrößen Größe an der Stirn. Die Frau hatte bei gutem Willen noch sehr gut zum Arzt gehen können und wenn sie Umschläge nach Vorrichtung gemacht hätte, auch bis heute morgen warten können.

Herr Dr. N. wird nur einen Nachmittag liquidiert. Ich bitte nun, denselben zu zählen und dem Mitgliede vom Lohn abzuziehen. Wenn solcher Missbrauch durchgeht, wird sich hier kein Arzt auf die Dauer zur Behandlung bereit finden, auch die Vertragskommission kann keine Einwilligung weiterhin geben. Ich muß es jedesfalls unterschreiben, daß mir ein Abzug gemacht wird, sonst kann ich weiterhin die Behandlung nicht beibehalten.

Auf Grund dieser Voraussetzung seien wir uns veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß in Fällen, wie der angeführte, die der Dienstmädchen hierdurch entstehenden Kosten dem betreffenden Mitgliede vom Lohn in Abzug gebracht werden.

Heute Adler, den 25. 2. 1913.

Herr Dr. Knidmeyer sagt hier in seinem Briefe an die Belegschaftsverwaltung, daß es sich nur um eine Brandwunde an der Stirn gehandelt hätte. Das stimmt nicht, an der Stirn waren überhaupt keine Verletzungen, sondern verletzt waren Nasenbein und Augen. Daß die Verletzungen nicht so geringfügig waren, beweist, daß die Frau erst am nächsten Morgen die Augen wieder öffnen konnte. Eine Nasenbein-Verletzung kann man doch nicht als eine leichte Verletzung betrachten. Daß das Dienstmädchen des Herrn Dr. Knidmeyer durch das Telefon

hat sehen können, um welche Verleidungen es sich bei der Frau gehandelt hat und deshalb telefonisch Anweisung geben könnte, welche Mittel die Verleidungen machen müßte, ist eine Doktorweisheit, die vor allein nicht versteht. Aber eine Frage: Wer hätte es auch als Missbrauch bezeichnen, wenn die Verleidung ihnen selbst oder einem seiner Familienangehörigen passiert wäre? Wir wissen ihnen doch gemäß nicht, aber er darf auch nicht von Missbrauch reden. Unsere Ansicht nach liegt hier kein Missbrauch vor und hat deshalb auch die Rose die Arzturkosten zu decken.

Streitbrecher, "Plul"!

Das "Persliner Tageblatt" vom 12. März bepricht die Abhandlung dieses Vorlesungsberichts über die Streitkunst und sagt:

"Angesichts dieser furchterlichen Liste wird man die Frage aufwerfen dürfen: Sollen Arbeiter und ihre Angehörigen, die bei dem Verlust, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, in irgend einer Weise die Grenze des gesetzlich gestatteten Überschreitens haben, nach härter bestraft werden, als es beim Streit im Muhrbergrevier der Fall ist? Viel mehr, als über Verhöhnungen der Strafbestimmungen nachzudenken, empfiehlt es sich, wie uns dünkt, für Herrn v. Bethmann-Hollweg, dem Kaiser eine umfassende Amnestie für die ungünstigen Opfer des Streits vorzuschlagen. Damit würde das Jubiläumsjahr eines sozialen Fortschritts erhalten, die man bisher vermied."

Tat die Streitkunst, so furchterlich wütend lösste, ist einzige und allein den Streitbrechern zu verdanken, die dieser Justiz die Opfer zugetrieben haben, weil sie in blindem Hass und Würstchen Wahn der eigenen Verbündeten als ihre Todfeinde, die Grubenbesitzer, ihre Ausbeuter, als ihre Windesgenossen betrachteten, und die ihre eigenen Brüder in diesem Streitbrüder in solchen Verbrechen verbrannten, wenn sie dazu nur die Stadt gehabt hätten. Und dennoch haben alle die Tausende verurteilter Männer und Frauen — außer Aßeln — nichts mehr und nichts weniger verbrochen, als was die Streitbrecher von 1912 im Streit 1905 selbst verbrochen haben. Wenn das "Tageblatt" dann vorschlägt, der Kaiser möge die Opfer begnadigen, so zeigt das von warm empfundener Amnestie mit dem Schießsal der hartgeprüften Opfer, aber die Vergewalteter wünschen heißt nicht Gnade! Die Wehrheit hat die Straßen verblüht, diesen kann die Gnade — wenn sie käme — nicht mehr nutzen, und wer garantiert der Vergewalteter-Schaft, wenn die Preußen hinweisen möchten, daß sie wiedererholen dürfen, die Preußen hinweisen möchten, daß sie wiedererholen dürfen, die Preußen hinweisen möchten, daß sie wiedererholen dürfen? Solange es Streitbrecher gibt und solange diese einen weit stärkeren Schuß benötigen, als selbst untere Minister und gar der König selbst, so lange wird die Streitkunst furchterliche Opfer fordern, die jedoch fast ausnahmslos auf das Amt der Streitbrecher zu schenken sind. Ohne Streitbrecher keine Streitkunst, darum: Freiheit uns von dem Nebel der Streitvorbereitungen!

Überbergamtshof Bonn.

Der "beleidigte" "christliche" Harsch.

Im Anschluß an den Streit der Vergewalteter im Muhrbergrevier im März 1912 entstand eine Bewegung unter den Vergewalteter in Wurmrevier. Die Zeitung des Vergewalteterverbands für den Kreis Gladbeck war von den Verbandsmitgliedern aufgehorcht worden, an die Beiratssitzung des Gewerbevereins "christlicher" Vergewalteter mit der Anfrage herangestellt, ob sie bereit sei, an einer gemeinsamen Aussprache zur Einleitung einer Bewegung teilzunehmen, die für die Vergewalteter des Kreises, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichende sollte. Der Beiratssitzter der "Christen", Herr Harsch, antwortete, der Gewerbeverein habe schon "einen energischen Anlauf" genommen, um der Arbeiterorganisation im Wurmrevier gegenüber den Gewerbevertratungen eine Stärkung zu verschaffen. Dieses Vorgehen sei jedoch vom alten Verband als der reinste Dolch bezeichnet worden und man habe die "christlichen" mit dem Ausdruck Streitbrecher belegt. Dadurch sei es den Gewerbevereinern unmöglich mit den Gewerbevereinern gemeinsame Schritte zu unternehmen. Im Verlaufe des weiteren Bewegung wurde später von unserem Verband in Gladbeck eine große öffentliche Vergewalteterversammlung abgehalten, in der Kamerad Öffler aus Borkum referierte. Diese Versammlung, die von über 1500 Vergewalteter besucht war, nahm eine Resolution an, in der es u. a. steht:

he in der schwierigen Situation gemachtes Versprechen, die Löhne nach dem 1. April aufzubessern, einhalten. Solche Versprechungen waren den Bergarbeiter ungängliche Worte gemacht worden und Herr Harsch als Bezirksteleiter einer Bergarbeiterorganisation könnte unmöglich glauben, daß die Versprechungen gerade in diesem Falle eingeholt würden. Die Versammlung konnte dies Herrn Harsch um so weniger glauben, als er noch kurz vorher in einer Versammlung der Belegschaft der Grube Gousch nach einem Bericht des "Aachener Volksfreunds" erklärt hatte, es müsse "protestiert werden gegen die Art, wie man eine Aufbesserung der Löhne vornehmen will; diese Art müsse geradeso als willkürliche bezeichnet werden. Hiergegen wurde sich die Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit, eventuell unanständig mit einem Streit zu Wehr sezen. Mit einem solchen möge die Leitung des Schmiedebergwerks rechnen." Es war absolut nichts geschehen, was nach Ansicht der Versammlung Herrn Harsch hätte bestimmen können, diesen Standpunkt zu verlassen und von dieser Erhöhung mit dem Streit in den Zustand des absoluten Verklemmens in die Versprechungen des Bergmanns Vogel zu verfallen. Dieses Verfallen des Herrn Harsch in der Versammlung der Grube Gousch und seine Bemerkung in der Klagefeier, daß Herr Bergmann Vogel mit den Ausschüssen verhandelt und eine allmähliche Erhöhung zugesagt habe, worauf man sich verlassen könne, sei nicht zu vereinbaren. Die Resolution der Verbandsversammlung sei in ihrem Wortlaut nur von dieser schmalen aneideutigen Stellung und von dem widerstprechenden Verhalten des Präsidenten des Gewerklagers Harsch bestimmt worden. Zu weiteren nahm der Präsident als Gewerkschaftler den Schub des § 103 (Wahrung berechtigter Interessen) für sich in Anspruch.

Herr Harsch antwortete auf die Vorhaltungen des Beflagten mit seinem einzigen Wort! Er stand vor den Schranken wie ein besessener Rödel. Ein unbestechlicher Aufhauer konnte stark in Zweifel kommen, wer eigentlich als Angestellter dort stehe.

Das Gericht hieß die beanstandeten Neuerungen der Resolution für beleidigend und verurteilte den Beflagten zu 100 Pf. Geldstrafe. Eine Widerlage des Beflagten Franke gegen Harsch wegen Neuerungen in einem von Harsch herausgegebenen Flugblatt, in dem die "Märkische Zeitung" angegriffen war, wurde vom Gericht abgewiesen, da sich der Beflagte angeblich durch diese Neuerungen nicht getroffen fühlen könnte.

Gegen dieses unsverständliche Urteil hat der Verurteilte sofort Berufung eingelegt und dem Landgericht die Entscheidung übertragen.

Harsch "berichtigt".

In Nr. 14 des "Korrespondenzblattes" der freien Gewerkschaften befand sich eine Notiz über die von den "Christen" eingeleitete Lohnbewegung. Darauf hat der Bezirksteleiter Harsch mit einer "Berichtigung" die von der Redaktion des "Korrespondenzblattes" schon ganz richtig gekennzeichnet wurde. Da auch der "Vergnüppen" (Nr. 18 vom 19. April) diese "Berichtigung" bringt, halten wir es für nützlich, auf die einzelnen Behauptungen derselben etwas näher einzugehen.

Harsch behauptet, die Angabe, der Gewerksverein habe im Wurmrevier höchstens 8000 Mitglieder, sei unwahr. Der Gewerksverein habe Ende März im Wurmrevier 8000 Mitglieder gezählt. Diese "christliche" Behauptung läßt sich nicht nachprüfen, da der Gewerksverein seine Abrechnungen nicht mehr veröffentlicht. Die Annahme ist so "geklungen", daß die "christlichen" Kumpels die Millionen nicht mehr fassen können. Wenn er Ende März 8000 Mitglieder gezählt haben will, dann muß er früher mehr Mitglieder gehabt haben, denn es ist allgemein im Wurmrevier bekannt, daß der Gewerksverein in den letzten Monaten, und besonders nach der "liegenden" Lohnbewegungskommission im Saarrevier, im Wurmrevier große Mitgliederverluste zu verzeichnen hat. Um den Mitgliederabschwund aufzuhalten, ist die Lohnbewegung im Wurmrevier von den "Christen" so nur inszeniert worden.

Die Gesamteinnahmen des Gewerksvereins im Wurmrevier betragen für Dezember 1912 8453,55 Pf. und für Januar 1913 5011,40 Pf. In diesen Beträgen sind die Losalbeiträge sowie die Beträge für die Privatabonnements des "Vergnüppen" enthalten. Besonders legiere sind sehr beträchtlich, da fast jeder Pastor und Kaplan, fast jeder Altmann und Geschäftsmann und ebenso die Beamten auf den "Vergnüppen" abonniert sind. Die Tagesabrechnung umfaßt fünf, die Jännerabrechnung vier Wochenbeiträge. Da der wöchentliche Beitrag für den Gewerksverein im Wurmrevier 40 Pf. beträgt, kann jeder leicht ausrechnen, daß die Mitgliederzahl höchstens 3000 im Dezember 1912 und Januar 1913 betragen hat. Ende März ist die Zahl aber ganz bestimmt niedriger gewesen.

Weiter soll nach Harschs "Berichtigung" nicht wahr sein, daß der Gewerksverein dem Verband die Bedingung gestellt hat, er solle unanständig kämpfen gegen den Gewerksverein. Wenn Harsch damit einiges will, daß der Gewerksverein bisher unanständig gekämpft hat, so wäre das mit Freuden zu begrüßen. Allerdings bezweifeln wir, daß auf jener Seite der gute Wille vorhanden ist, anständig zu werden. Außerdem glauben wir auch nicht, daß es den "Christen" möglich ist, anständig zu kämpfen.

Aber Harsch hat in seinem Schreiben an unseren Bezirksteleiter Schlosser so gut nicht ausgelesen wollen, daß der Gewerksverein bisher unanständig gekämpft hat, er bildet sich ja ein, der anständige Mensch auf der Welt zu sein. Als der Bezirksteleiter des Verbandes, Schlosser, im Februar d. J. die "christlichen" zu einer Aussprache zwecks Einleitung einer gemeinsamen Lohnbetrachtung einlud, da antwortete Harsch, es sei den "christlichen" nicht möglich, sich mit den Verbänden an einem Tische niedergelassen, weil der Verband den Gewerksverein in unebner Weise bekämpfe. Und als der Verbandsvorstand die "Christen" im Dezember 1908 anscheinlich des Radikalismus einlud zu einem gemeinsamen Vorgehen zur Erlangung eines Reichsberggesetzes und damit besseren Arbeitserträgen, da lehnten die "Christen" ein gemeinsames Vorgehen ab und sagten in ihrem Schreiben an den Verbandsvorstand: "Gewöhnen Sie sich an eine anständige Kampfweise!" Uebrigens ließt jedes von Harsch herausgegebene Flugblatt den Beweis, daß er fortgesetzt die Verbänder der unanständigen Kampfweise bezeichnet.

Weiter soll unwahr sein, die "christlichen" wollten dem Verband keine Vorschriften machen bezüglich Zahlung von Unterstützung an Unorganisierte. Die "Christen" beschließen in ihrer Konferenz, ohne sich mit der Verbandsleitung in Verbindung zu setzen, daß beide Verbände verpflichten sich, im Falle eines Streits keinerlei Unterstützung an Unorganisierte zu zahlen. Sie haben also doch für den Verband gleich mitbeschlossen, was der zu tun hat. Für sich können die "Christen" beschließen was sie wollen, aber Bedingungen, die von zwei von einander unabhängigen Organisationen bei einem gemeinsamen Kampf ein schaffen werden sollen, müssen von diesen Organisationen bzw. ihren Leitungen vereinbart werden. Wenn die eine der beiden Organisationen die Bedingungen einseitig aufstellt, so ist das eine Unrichtung.

Der letzte Punkt der "christlichen" "Berichtigung" bedarf keiner Begründung. Was dazu zu sagen ist, ist in Nr. 15 des "Korrespondenzblattes" schon gesagt. Zur Kennzeichnung der "christlichen" Unwirtschaftlichkeit sei nur noch bemerkt, daß die "Christen" ihre dem Verband gestellten Bedingungen der Deffensivlichkeit früher mitstellten, bevor sie dem Verband beigebracht, dessen Leitung davon Mitteilung machten. Der Verbandsleitung wurde von den "christlichen" nur das mitgeteilt, was sie der Deffensivlichkeit durch die Konferenzsresse längst mitgeteilt hatten. Das ist natürlich nach der Ansicht Harschs sehr unanständig.

Königreich Sachsen.

Angstmetier.

Diesen Kameraden, welche öfters Gelegenheit haben, Hausagitation mit zu betreiben, könnten die unglaublichen Dinge schildern. Was da für Gründe angeführt werden, um sich nicht organisieren zu können, ist manchmal tatsächlich zu dummi. Daß man heute noch Ansicht hat, es könnten andere von der Verbandszugehörigkeit erfasst werden, wird meistens nicht verraten, aber in Wirklichkeit ist es nicht anders. Im Denken von Hälften ist es die Frau, wenn nicht noch unglaublichweise die Schwiegermutter in der Nähe ist, welche alles in Bewegung setzt, um den Mann vor dem unliebsamen Schrift zu bewahren, sich seiner Verbandsorganisation anzuschließen. Es ist leider schon vorgekommen, daß die Frau den Mann einfach verlässt, weil sich letzterer organisiert hatte. In solchen Fällen sieht meistens der Verstand und der arme Mann meldet sich wieder ab. Vor kurzem erhielt unter Vertrauensmann von einem erst durch die Hausagitation unter erschwerenden Umständen in den Verband aufgenommenen Kameraden folgenden Brief, den wir wörtlich unter Weglassung des Namens bekannt geben wollen:

Rödlich, d. 20. März 1913.

Herr Ichtheile Ihnen hier durch mit, das vorläufig, die Aufnahme in den Deutschen Bergarbeiter Verband ich hiermit unterjage. Und bitte Sie mich vorläufig mit diesen Antrag nicht nicht wieder zu hören bis ich selber mich wohl anmelden. Sollte in der zwischenzeit nicht möglich was vorgehn. So werde ich auch gerne untersuchen. Sollte ich die 50 Pf. schreib gebüren bezahlen müssen So kann Sie der

Kamerader mah mit nehmen wenn ich zu Hause bin. Also vorläufig nichts für ungut.

Eis Unterzeichnet sich

Eis

Dieser arme Kumpel ist das Opfer seiner Frau und Schwiegermutter. Die Mödlicher Kameraden brauchen ja den Briefschreiber nicht gleich wieder zu belästigen, um so mehr aber müssen sie versuchen, die Frau von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen. Dem betreffenden Kameraden aber sei gesagt, daß wir auf sein "gerne unterstützen" verzichten, wenn in der "zwischenzeit" etwas "vorgehn" sollte. Für sich selbst soll er sorgen durch Anschluß an die Organisation.

Oberbergamtshauptamt Breslau.

Zur Abwanderung der Bergarbeiter

screibt unser Bezirksteleiter: "Als 1908/09 die Bergarbeiter in Schlesien das Revier verließen, schaute man die Schuld auf den vom Bergarbeiterverband geführten Götschberger Streik. Nicht die schlechten Verhältnisse, sondern die "Verhetzung" sollte die Bergarbeiter fortgetrieben haben. Daß diese Bekämpfung Götschel ist, zeigen die gegenwärtigen Verhältnisse. Voriges Jahr, wo im Ruhrrevier, in Sachsen und Oberschlesien der Streit ausbrach, blieb es im hiesigen Revier ruhig, und doch nahm die Abwanderung an statt. Götschel ist noch heute der Fall. Was noch nicht da war, was bisher kein Mensch für möglich gehalten, ist zur Tatsache geworden: Niederschlesische Bergarbeiter wandern nicht mehr allein nach dem Ruhrrevier, sondern auch nach Oberösterreich aus, in die Gegend, die von allen Bergarbeiter Deutschlands am wenigsten belebt worden ist. Mag der "Feiertag", mag das "Neue Tageblatt" so sehr schwärzeln, die hiesigen Bergarbeiter halten ihr gutes Auskommen, die Tatsache, daß selbst Oberschlesien jetzt als das Land der Zukunft betrachtet wird, beweist, wie schlecht die Verhältnisse in Niederschlesien sind. Daß die fortwährende Abwanderung eine kolossale Schädigung für das ganze Revier im Gefolge hat, kann nicht bestritten werden. Was hat die Schätzerei, der Handwerksstand, der ganze Mittelstand von den seit 1900 eingetretenen guten Geschäftsjunktionen für Nutzen gehabt? In Zeiten der Krise, wo die Arbeiter kaum das nackte Leben fristen können, ist an ihnen nicht viel zu verdienen und in Zeiten der Hochkonjunktur wandert die Bergarbeiterchaft zu Tausenden aus. Auch die Grubenbesitzer haben durch die Abwanderung nur Schaden. Die hiesigen Gruben sind Lehrlingswerkstätten geworden. Kommt der Arbeiter angewandert, macht er seine Lehrzeit durch und sobald er mit der Grubenarbeit vertraut ist, geht er so schnell wie möglich weg, um dem Ruhrgrubenbesitzer oder dem oberösterreichischen Kohlenmagnaten seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. Die Folge davon ist, daß bei alter Geschäftsjunktion wegen Mangel an Arbeitern die Förderung nicht entsprechend erhöht werden kann. Durch den chronischen Mangel an Förderleuten sind heute die Gruben gezwungen, massenhaft Arbeiter mit Schlepperarbeit zu beschäftigen. Das dadurch eine Verkürzung der Förderung entsteht, ist selbsterklärend.

Durch die Abwanderung der fräsligen und gesinnten Arbeiter wird auch die Knapschaftslosigkeit sehr in Mitleidenschaft gezogen und bedeutet auch dieses eine Schädigung für Arbeiter und Werkbesitzer. Die Gesundheitsverhältnisse würden in der niederschlesischen Knapschaftslosigkeit günstiger liegen, wenn nicht das junge, gesunde Volk während der Krise verloren ginge.

Angesichts dieser Situation halten alle in Frage kommenden Instanzen schon lange die Pflicht gehabt, helfen einzugehen. Stadt- und Landgemeinden hätten schon längst gemeinsame Schritte unternommen müssen, damit die Niederschlände, durch welche Abwanderungen verschuldet werden, wenn nicht befehligt, so doch gemildert werden. Wohl hat man jetzt einen Schritt unternommen, indem in der Tariffrage die einzelnen Kommunen vorgegangen sind. Ob dieser Schritt von Erfolg geprägt ist, bleibt abzuwarten. Sehr viel Hoffnung ist bei der zugelösten Regierung auch darauf nicht zu sehen. Sollte auch dieser Schritt vergeblich sein, wird der Bergarbeiterverband weitere Schritte unternehmen.

Das meiste Interesse, die Abwanderung einzudammen, mühten die Grubenbesitzer selbst haben. Wie es aber damit steht, zeigt sich alle Tage zur Genüge. Es steht fest, daß durch eine bessere Entlohnung die Abwanderung eingedämmt und Zugang frischer Arbeitskräfte zu ermöglichen wäre. Uebrigens wäre durch Ausgleichung des Lohnes (heute verbindet der eine 5 Pf. pro Schicht, der andere 4 Pf.) schon viel zu erreichen. Daß die Werte auch sonst in der Lohnfrage noch manches tun können, beweisen die ungeheuren Summen, die jährlich allein der eine 5 Pf. pro Schicht in den Kästen geworfen werden.

Fortwährend fragt man über Mangel an jungen Leuten. Dabei steht fest, daß es Arbeitereltern unmöglich ist, ihre der Schule entziehenden Kinder auf die Grube zu schicken. Jeder Arbeiter muß bestrebt sein, daß seine Kinder, sobald sie die Schule verlassen haben, sich ihr Brod selbst verdienen. Ist dieses bei den jungen 14-16jährigen Jungen, die man auf die Grube auf Leibertagsarbeit schickt, der Fall? Wir können bestätigen, daß vor genau 20 Jahren auf den niederschlesischen Gruben ein der Schule entzweiter Leibertagsarbeiter pro Schicht 1,04 Pf. verdiente. Heute, wo die Lebensmittel noch einmal so teuer geworden sind, erhält ein solcher jugendlicher Arbeiter 90 Pf. bis 1 Pf. pro Schicht. Dieser Lohn langt nicht, um den jungen Jungen dafür zu befähigen, der Vater ist also gezwungen, seinen Sohn mit zu ernähren. Junge Leute, die in fremdes Land gehen müssen, können gar nicht auf den Gruben in Arbeit treten, da sie wöchentlich 8-9 Pf. nur für sich bezahlen müssen, aber nur 6 Pf. verdienen. Ein Lohn von mindestens 1,50 Pf. pro Schicht müßte diesen Leuten ausgezahlt werden. Bei den sonstigen Leibertagsarbeitern wäre nebst einer Lohnerhöhung eine Verkürzung der Arbeitszeit dringend notwendig. Die 12stündige Schichtzeit sowie die 24stündigen Sonntagsdienste müßten unter allen Umständen beseitigt werden. Außer den Lohnverhältnissen ist es eine Pflicht, die die Arbeiter einer durchaus absehbaren Standpunkt einzuholen, die die Grubenbesitzer zu einer Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit nicht zu denken und vor, wie ausdrücklich hervorgehoben wurde, aus zwingenden Gründen! Auch hätten Verhandlungen mit den Arbeiterausschüssen, wie verschiedentlich gemeldet worden sei, nicht stattgefunden, da hierzu keine Veranlassung vorliege.

Der kurze Sinn dieser langen Erklärung ist: Nichts wird zu gestatten und zwar aus zwingenden Gründen! Die "zwingenden Gründe" beruhen auf der allgemeinen Auffassung der Unternehmer.

Der oberschlesische Steinkohlenbergbau ist sehr rentabel. Seine Besitzer sind millionenteure Leute und gehören zum vornehmsten Adel. Als gute "Christen" gehören sie gräßtenteils der altensteigenden Zentrumsparthei an, sind also Parteigenossen der im Ruhrrevier "zähliglich" befindlichen christlichen Bergarbeiter-Verfügung.

Die Leistung pro Arbeiter und Jahr ist von 292 Tonnen im Jahre von 2520 Mark im Jahre 1910 auf 344, Tonnen im Jahre von 2923 Mark im Jahre 1912 gestiegen. In derselben Zeit ist aber der Lohn der männlichen, über 16 Jahre alten Bergarbeiter von 1145 Mark auf nur 1268 Mark pro Jahr gestiegen. Ungewöhnlich steht hierauf fest, daß Lohnzulagen nicht gewährt wurden, sondern das das erhöhte Jahresentommen nur auf Mehrleistung zurückzuführen ist.

Der Gesamtwert der Steinkohlenproduktion ist von 287 Millionen Mark im Jahre 1910 auf 303 Millionen Mark im Jahre 1912 geschwungen. Bei einer so gewaltigen Steigerung der Leistung der Arbeiterschaft und des Gesamtwertes der Produktion könnten die Unternehmer den Arbeitern sehr wohl entgegenkommen. Aber das geschieht nicht und zwar aus "zwingenden Gründen".

Die national-politische Presse versucht nun die Bergarbeiter zu verstärken aufzutischen. So heißt es u. a. in einem Artikel der "Napoleons-Presse" vom 10. April:

"Wenn die Unternehmer im letzten Augenblick die gerechten Forderungen der Bergarbeiter nicht befriedigen, dann werden sie erfahren, daß sie der besten Arbeiter verlustig gehen und die Herren dann selbst arbeiten müssen. Sie werden dann erfahren, was es bedeutet, bei Wasser und Brod 10 bis 16 Stunden täglich arbeiten zu müssen."

Als die Herren Unternehmer, z. B. Fürst Donnersmarck mit 250 Millionen Mark, Fürst Hohenlohe mit 181 Millionen Mark, Schaffgotsch und Thiele-Winkel mit je 79 Millionen Mark und Passepartout mit 56 Millionen Mark, arbeiten gehen, hat es noch gute Weise, über die Stimmung, die in der polnischen Presse herrscht, ist kennzeichnend.

In einem anderen Artikel der polnischen "Katolit"-Presse vom

17. April heißt es noch:

"Wenn die Beamte, die ihr Agitationstreib in die Grube verlegen und dort die Arbeitern fragen, ob sie dem Bergarbeiterverband oder dem reichsdeutschen Verein angehören, worum sie nicht ihre Gedanken in Werkswarenhaus bedenken u. a. m. Daß sich die Arbeiter eine solche Behandlung nicht gefallen lassen, ist zu verstecken. Was Wunder, wenn die Bergarbeiter diesem Terrorismus so schnell wie möglich zu entfliehen suchen! Sie haben den Glauben verloren, daß die Werksverwaltungen einmal zu einer besseren Einsicht kommen werden."

Süddeutschland.

Zur Gründung einer Zollstelle in Hassel

bringt der "Bergknappe" in Nr. 13 sowie am 20. März die für geschwätzige "Wahrsch", "Wahljährlinge Zeitung" in St. Ingbert einen Artikel, der echt "christlich" verfaßt ist. Da diese Zollstelle sowie deren Mitglieder den "Christen" so sehr auf die Nerven geschlagen haben, suchen die "Wahljährlinge" mit Verleumdungen an die Verbändler heranzutreten, um dadurch die Verschwinden der Zollstelle wieder herbeizuführen, was ihnen unter keinen Umständen gelingen wird. Ausgeschlossen ist aber nicht, daß die Verbändler in Hassel noch den "Christen" aufziehen bis auf zwei, die diese "christliche" Zollstelle schon einmal herunter hielten. Den besten Beweis hierfür liefert und die große Anzahl Nebentreter aus dem "Christen"-Lager. In dem genannten Artikel wird geschrieben, verdrehten Kameraden von Hassel seien verärgert gewesen, weil man neben dem bis dato gewesenen Kästchen und wieder zur Knapschaftswahl aufgestellten Unbedenklichkeiten noch den "Oberchristen" wählte. Es ist auf jeden Fall bestrebt, die Wahl der "Oberchristen" aufzugeben, um jenen Beitreter zum Verbande erläutert zu haben, um sie würden es sich genug einsehen, daß es für die Arbeiterschaft und ihr Ansehen schädlich ist. Daß Herren "Christen" von Hassel liefern einen Tag vor der Knapschaftswahl ein Flugblatt verteilen gegen Unbedenklichkeiten in einem "christlichen" Manier, das aber dem "christlichen" Jak den Boden ausstecht, anstatt zu ernten. Auch in Hassel sind noch rechtmäßige Kameraden, die auf diese falsche Anschuldigung der "Christen" gegen Unbedenklichkeiten sich nicht hereinlegen lassen, aber am Wahlgang für Unbedenklichkeiten und dem "Oberchristen" zum Durchfall verholfen, trotzdem diese die größten Anstrengungen machen. Unsere Aufgabe ist es nicht, von beiden den besten auszulösen, denn allerdings haben es die Wahlbeweierte, die nichts vom "Oberchristen" wissen wollte, sondern den von den "Christen" verleumdeten Unbedenklichkeiten wieder zur Knapschaft als Kästchen wählen, trotzdem die "Christen" schon vor der Wahl ihren Sieg" in der Tasche hatten. Was die Bedeutung des Kästchens in dem "Christen"-Artikel zu bedeuten hat, sei zu bemerken: Am 2. März wurde von unserem Verbande in Hassel eine Zollstelle gegründet, die sofort 82 Mitglieder zählte. Als nun die Gewaltübung der Gründung erledigt und die Mitgliederversammlung geschlossen war, lud der gewählte Knapschaftsälteste Unbedenklich seine Wähler zu einem Gläschen Bier ein, dankte ihnen für ihre Treue und daß ihm wieder gedienten Vertrauen, auch daß er weiter bestrebt sein werde, ihre Interessen zu vertreten, was mit großem Beifall aufgenommen wurde. Also steht das Kreisbündnis mit dem Verbande in einem Zusammenhang, ähnlich dem Knapschaftswahlkampf ein.

Angesichts dieser Situation halten alle in Frage kommenden Instanzen schon lange die Pflicht gehabt, helfen einzugehen. Stadt- und Landgemeinden anzuregen ist, Erfundigungen eingezogen und erklärt, die Räte nicht für vollständig aus den Kästchen gesogen. Insgesamt hat das Wolf-Bureau eine Publikation der Unternehmer verbreitet, aus welcher klar hervorgeht, daß diese sich auf nichts einlassen. Es heißt darin: Die Unternehmer nehmen gegenüber den Verbänden einen Arbeiter einen durchaus absehbaren Standpunkt ein. Unbedenklichkeiten sei an eine Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit nicht zu denken und vor, wie ausdrücklich hervorgehoben wird, aus zwingenden Gründen! Auch hätten Verhandlungen mit den Arbeiterausschüssen, wie verschiedentlich gemeldet worden sei, nicht stattgefunden, da hierzu keine Veranlassung vorliege.

Der kurze Sinn dieser langen Erklärung ist: Nichts wird zu gestatten und zwar aus zwingenden Gründen

übermittelte: "Befügten Ihnen, daß, wenn der von Ihnen beschlossene Streit ausbricht, wie die Mitglieder unseres Verbandes nicht zum Streitbruch, sondern zur Solidarität auffordern werden. Dieses Versprechen wird der sozialistische Verband auch halten, dafür bringt seine Vergangenheit."

Nun mehr schreibt auch die polnische "Gazeta Ludowa", daß, wenn der Streit ausbricht, der Bergarbeiterverband daran teilnehmen wird. Streitbruch ist vom Bergarbeiterverband nicht zu erwarten. Darum wollen wir der Angriff der polnischen Presse geradezu ungehörig. Doch wir wollen voraus darauf nicht eingehen. Am Montag, den 21. April, muß es sich ja zeigen, wieviel Bergarbeiter gewillt sind, den Fansaren-Schäden der polnischen Presse folgen und in den Streit zu treten.

Streit in Oberschlesien.

Am 10. April sind in Oberschlesien die Belegschaften von 15 Gruben in den Ausstand getreten. Damit hat der Streit zwei Tage früher begonnen, wie ursprünglich zu erwarten stand. Das liegt daran, weil die Polnische Berufsvereinigung plötzlich über Nacht ihre Meinung geändert hat. Am 17. April erschien in der polnischen Presse ein kurzer Aufruf, der die Bergarbeiter aufforderte, am 18. April die "Broden zu werben" und am 19. April in den Streit zu treten. Während Schönhof am 18. April wurde dann noch an allen Schächten ein Flugblatt verbreitet, das die Bergarbeiter ebenfalls aufforderte, "am 18. April den Unternehmern das Arbeitsgegähe unter die Füße zu werfen". Wörtlich heißt es u. a.:

"Wenn wir uns nicht durch den Streit unsere Lage verbessern, dann werden die Unternehmer in der Zukunft austasten mit Gewalt, mit dem Ochsenzähmen auszuhallen. Die Zeit ist gekommen, wo die Arbeiter sich aus dem kapitalistischen Gangenwerk befreien... Es muß ganz energisch den Unternehmern in die Augen gefasst und mit ihnen über das und langjährig zugestellte Unrecht abgerechnet werden. Gemeinschaftlich soll die Arbeit niedergelegt und wieder gemeinschaftlich aufgenommen werden, aber nicht eher, bis die Unternehmer die Forderungen bewilligen... Die Arbeitgeber haben sogar beflossen, die Forderungen zu bewilligen, sie wollen sich aber erst überzeugen, ob auch alle Bergarbeiter in den Streit treten."

Doch in dem Aufruf etwas gewerkschaftlicher Weitblick enthalten ist, kann nicht gesagt werden. Wir wollen auch nur erwähnen, daß der leile Gas alles vorher über die Unternehmer Gesagte aufhebt.

Auf 15 Gruben ist die Belegschaft der Aufforderung, in den Streit zu treten, gefolgt. Unsere Mitglieder üben treue Solidarität. Wie ein Mann sind sie der Aufforderung der Verbandsleitung, sich überall dort, wo der Streit proklamiert wird, diesem anzuschließen, gefolgt. Damit sind durch die Tat jene Behauptungen der polnischen Presse widerlegt, daß der Bergarbeiterverband ein verräterisches Spiel treibe.

Das Revier ist jetzt schon mit Gendarmen überschwemmt. Auch sind auf einigen Bechen Vorbereitungen getroffen, um eventuell Militär einzuarbeiten zu können. Bisher verließ die Arbeitsniederlegung äußerst ruhig. Wir haben den dringenden Wunsch, daß es so bleiben möge. Mit Ruh und Besonnenheit muß der Kampf geführt werden. Nur dann können die Arbeiter Ehre einlegen.

Auf politische Anordnung sind bereits die Schnapsdestillen im Streitgebiet geschlossen. Das ist zu begrüßen. Auch unser Verband hat in einem Flugblatt zur strengsten Alkoholentnahmestatut aufgeforscht.

Die Zahl der Streitenden wird am ersten Streittag von der Frühschicht auf annähernd 12000 angegeben. Beträchtlicher Zuwachs ist noch von der Nachschicht zu erwarten. Der Haftschlag wird über erst Montag geführt werden. Bezeichnend ist, daß auf einigen Gruben, wo die Polnische Berufsvereinigung ihre Kündigungen eingereicht hat, nicht gestreikt wird, während auf anderen Schächten, wo die Kündigungen nicht eingereicht wurden, der Streit ausgebrochen ist.

Wir erhielten folgendes Telegramm: Der Streit hat sich ausgedehnt auf 28 Gruben, die Zahl der Streitenden von der Frühschicht beträgt etwa 20000, von der Nachschicht vom Sonnabend etwa 10000. Die Streitenden verhalten sich durchaus ruhig.

Briefkasten.

R. Hesbra. Dein Artikel "Zur Generalversammlung" ist zur Aufnahme nicht geeignet, weil Du gegen Dinge polemierst, an die der Kamerad Höfe nicht gedacht, viel weniger sie geschrieben hat, und zum andern wollen wir die Diskussion nicht bis vor die Tore Hannovers anstreben. Jetzt haben die Delegierten das Wort.

Berbandsnachrichten.

Der vorigen Zeitungsendung lag für jede Zahlstelle die Tagesabrechnung und die Anträge für unsere Generalversammlung in je einem Exemplar bei. Diese Woche senden wir jeder Zahlstelle ein Exemplar des Geschäftsbüchers pro 1911/12. Diese Sendungen müssen sofort an den ersten Vertrauensmann abgegeben werden. Falls eine Zahlstelle obige Drucksachen nicht erhalten hat, so ist uns Mitteilung zu machen.

Wegen Teilnahme an der 20. Generalversammlung unseres Verbandes könnten in der Zeit vom 26. April bis 4. Mai auf unserem

Dezentrale Bergarbeiter-Versammlungen

im Bezirk Deister und Braunschweig

Sonntag, den 4. Mai 1913:

Sauens a. Deister. Nachmittags 3 Uhr, im Stadtkeller.
Wodenberg a. Deister. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Meier.
Bremigk. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Steinlein.
Borßlighausen. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Specht.
Ziegelde. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Meier.
Egestorf. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Hunke, "Unterlinde".
Argetorf. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Hoffmann.
Kronenberg. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Zettner.
Giebel. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof "Alte Münze".
Grund a. d. Leine. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Braun.
Sorstedt. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Brink.
Gildeheim. Abends 7 Uhr, im Gewerbeschloss.
Wolfsbüttel. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof "Neuer Engel".
Harzburg. Abends 8 Uhr, im Gasthof "Weißer Löwe".
Höntebelen. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Konsumvereins.
Schöninger. Abends 7 Uhr, in Kleps' Torte.
Wiesen a. d. Aller. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Bremer.
Schöningen. Abends 7 Uhr, im Gasthof "Zum Bergarten".
Groß-Braußen. Nachmittags 3 Uhr, im Salzgroschotel.
Salzgrotte. Abends 7 Uhr, im Gastronomie "Zum Kaiser".
Halberstadt. Nachmittags 3 Uhr, im Bahnhofshotel.
Kindwedel. Abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Reise, Kindwedel Str. 15.

Zegeordnung in allen Versammlungen:

Was geht im Bergarbeiterberuf vor?
Referenten: **H. Göderz**, **Herrn C. Bismann**, **Sacrébrücke**; **Willy August**, **Elmar**; **H. Passmann**, **Giebel**; **Sei. Meier**, **Borßlighausen**; **H. Schumann**, **Oberholzen**; **Ang. Selle**, **Rodenhausen**; **H. Garbe**, **Giebel**.
Es ist Pflicht aller Kameraden, diese Versammlungen zu besuchen.

Geschäftsbericht für 1911-1912 des Bergarbeiter Deutschlands

in fertiggestellt und kann von uns bezogen werden
Preis für Mitglieder 1 Pf., im Buchhandel 3 Pf.

H. Hansmann & Co. in Bochum, Wiemelhauser Straße

Hauptbüro nur die dringendsten Sachen erledigt werden. Auch sind während dieser Zeit mehrere Bezirksbüros geschlossen. Wie sollen dies zu beachten.

In der Jahresabrechnung pro 1912 muss es unter Ullna (Bez. Hamm) steht. Abonnement-Guthaben 120,- Mark heißen.

Hauptkasse.

Nichtung! Sicherheitsmännerwahlen Nichtung!
Dahlhauser Fleisch. Am 14. Mai, nachmittags von 11/2 bis 3 Uhr finden auf vorbenannter Seite für die Sicherheitsmännerwahl statt. Die Wählerlisten liegen vom 28. April bis zum 12. Mai zur Einsicht auf. Werben Sie sich diesbezüglich ein. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche, der 21 Jahre alt und ein Jahr auf Dahlhauser Fleisch beschäftigt ist.

Holland I. und IV. Am 2. Mai findet für Revier 10 die Wahl eines Sicherheitsmannes statt. Gewählt wird von 8 bis 9 Uhr vormittags und 4-5 Uhr nachmittags. Trotz der ungünstigen Feststellung der Wahlzeit werden unsere Kameraden gebeten, sich vollständig an der Wahl zu beteiligen.

Rehmbaben. Am 8. Mai findet auf dieser Seite für Revier 8 die Wahl eines Sicherheitsmannes statt. Von unseren Kameraden erwarten wir, daß sie sich vollständig an der Wahl beteiligen.

Rechtsschutz betreffend.

Saarbrücken und Böhringen. Die Rechtsschutztage finden an folgenden Orten und Tagen statt: Merlenbach, jeden Dienstag von vorm. 10 Uhr bis nachm. 4 Uhr; Neunkirchen, jeden Donnerstag von vorm. 10 Uhr bis nachm. 4 Uhr; Diepenhofen, jeden dritten Donnerstag und Freitag im Monat von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr, im Gasthaus "Luxemburger Hof". An allen anderen Tagen haben sich die Kameraden an das Arbeitsgericht in Saarbrücken, Gerberstr. 24, zu wenden.

Ekken. Wegen der Generalversammlung bleibt das Arbeitsgericht auch am 29. April geschlossen.

Adresseveränderungen.

Bochum V. Der Vertrauensmann Christian Lehmann wohnt jetzt Hofsiedler Straße 206.

Hacheney. An Stelle des verzögerten Kamerad August Hermening hat Kamerad Louis Keuntz, Hacheney Nr. 20, die Geschäfte des ersten Vertrauensmannes übernommen.

Närschen. Als Vertrauensmann fungiert jetzt der Kamerad Adolf Gogel, Klein-Närschen, Mühlstraße 88.

Bibliotheken.

Altendorf-Muhr. Die Ausgabe der Blätter erfolgt jeden zweiten und letzten Sonntag im Monat im Lokale des Herrn Oberste-Brandenburg.

Bücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, diejenigen bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

Brakel. Vom 28. April bis 10. Mai.

Berghofen. Vom 1. bis 18. Mai.

Lüdenscheid. Vom 20. bis 27. April.

Marienborg III. Vom 1. bis 15. Mai werden alle Blätter eingezogen.

Nieder-Sprockhövel. Vom 26. April bis 10. Mai.

Wanne II. Vom 1. bis 10. Mai.

Frankenunterstützung-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden:

Applerbeck. Beim Vertrauensmann Erich Lechner, Alster Str. 9.

Nieder-Sprockhövel. Jeden dritten Sonntag im Monat, vorm.

von 10-12 Uhr, im Lokale des Herrn August Möllinghoff.

Zahlstellen-Versammlungen u. Steuertage

Bündheim. Jeden vierten Sonnabend, abends 8 Uhr, im bekannten Lokale.

Öhle. Jeden Sonnabend im Monat. (Beit- und Losalangabe fehlt.)

Schleiden. Jeden Sonnabend, abends 8 Uhr, im Gasthaus "Weininger Hof".

Stadtlohn. Jeden vierten Sonnabend, abends 8 Uhr, in der "Schützenburg".

Unterweissbach. Jeden Sonnabend im Monat, nachmittags 4½ Uhr, im Gasthof "Zum Hirte".

Jeden Sonntag nach dem 20. des Monats:

Groß-Bölkow. Nachmittags 4 Uhr, wo? sagt der Vate.

Wiedenbrück. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof "Zum deutschen Adler".

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gottlob.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Johann.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Albert.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Reinhard.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Müller.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

Wiedenbrück. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wiedenbrück.

</